

Er scheint täglich
auszuwachen, mit dem
der Sonne- und Feiertage.

Abonnementpreise
monatlich 20 Pf.
vierteljährlich 1,80 Mk.
halbjährlich 3,60 Mk.
jährlich 7,20 Mk.
Durch die Post bezogen
1,00 Mk. extra. Bestellsort:
Halle a. S.

Die Neue Welt
(Antheilhaberzeitung),
durch die Welt nicht be-
trübt, heißt monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Südstrasse 10.
Verantwortl. Redakteur:
Wolfgang Kellner.

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

Infektionsgebühr
betragt für die 6 gepaltene
Beilage über deren Raum
20 Pfennig.
für anemalige Anzeigen
25 Pfennig.
Im reaktionellen Teile
kann die Seite 70 Pfennig.
+
Inserate
für die fällige Nummer
müssen spätestens am Vor-
mittage halb 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben
sein.
+
Eingetragen in die
Postverkehrsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Hamburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Kosakengeist in Deutschland.

Der Geschichtsforscher Professor Otto Barnack in Stuttgart veröffentlicht in Nr. 3 der Halbmonatsschrift "Wärta eine Jubiläumsbetrachtung". Er schreibt darin über das Verfallsdeutschlands zu Russland:

Für das deutsche Volk ist das Bündnis (mit Russland) ein scheinendes Gift gewesen, das seit hundert Jahren am Lebensmark geht und gewaltige Anstrengungen der Natur erfordert, um ertragen und überdauern zu werden. Man vergegenwärtige sich den Widerstand, der darin liegt: das deutsche Volk durch den gewaltigen geistigen Aufschwung seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zur geistig führenden Macht Europas geworden, und als Staat in dauerndem, traditionellen Einvernehmen mit der reichhaltigsten Macht Europas, oft genug in Abhängigkeit von ihrer barbarischen Regierungsfunktion, die mit Ruß und Kosakenpersone das eigene Volk im Zustande ewiger Verwundung zu erhalten freit! Das ist kein scheinendes Gift, wie Vergiftung neben dem Quacksalber, das ist das widerwärtige Gift der Verwundung eines lebenskräftigen Organismus mit einem verachteten, verfaulenden.

Und eben diese traurige Solidarität, dieses Gefühl überkommener Regierungsgründung ist es, was dem preussischen Staat und mit ihm dem Deutschen Reich wie ein nervenlösendes eingemispeltes Gift die gesunde Entwicklung, die Entfaltung der Kräfte unmöglich macht. Wie in Rußland, so besteht heute auch die gähnende Kluft zwischen Demokratie und Bürgertum, zwischen Regierenden und Unterworfenen. Wie in Rußland wird auch in Preußen und im Deutschen Reich nach dem Grundgesetz regiert, daß die Staatsbürger eine untergeordnete Klasse seien; und daß die Beamten nicht dazu da seien, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, sondern das Volk, um der Obrigkeit der Beamten zu dienen. Daß der deutsche Beamtenstand in seinem eigenen Wert hoch über dem russischen steht, ändert an dem Grundcharakter dieses transatlantischen Mißverhältnisses nichts, das jeden Schutzherrn in sich wie ein Kommandeur, jeden Schaffner wie einen Vorgesetzten des Publikum empfinden läßt. Und daß auch große Willkürakte aus diesem verwerflichen Empfinden hervorgehen können, haben noch längst die Vorgänge in Preußen und Hamburg gezeigt. — Was ist Preußen seit mehr als fünfzig Jahren ein konstitutioneller Staat, und das Deutsche Reich ist von Geburt an mit einem demokratischen System der Parlamentsstaaten ausgestattet. Aber wie in Rußland alle die Willkür der Beamtenherrschaft einbindenden Gesetze, so werden in Preußen-Deutschland die Verfassungsgesetze niemals zur Wirklichkeit, weil das Befehlen der Regierung bekanntlich darauf gerichtet ist, die Verfassung in der Praxis nach Möglichkeit auszuhalten und die Allmacht der Regierung bestehen zu lassen.

Es ist kein Zufall sondern Absicht, daß die Schutzherrn in Preußen, die alle denkbaren wirtschaftlichen und unwirtschaftlichen

Großtaten der Hofenposten ausübend fern, von der Verfassung durch Friedrich Wilhelm IV. launetwas erfahren. Von dem Jahre 1848 wird im Unrecht nur vorübergehend als einer Zeit gottlosen Aufbruchs und toller Verwirrung geprochen. Daß dieses Jahr die Umwandlung Preußens aus einem absoluten in einen konstitutionellen Staat gebracht hat, wird verweigert. In den Regierungskreisen gilt es gerade als eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert, den Einfluß des Parlaments (Reichstag oder Landtag) möglichst zurückzubringen und was sich irgend ohne oder gegen das Parlament erledigen läßt, rein bürokratisch durchzuführen. Alles dies ist nicht westeuropäisch, es ist überhaupt nicht europäisch; es ist russisch; es ist eines Volkes vom hohen Kulturniveau des deutschen Volkes unwürdig, eines Volkes, das sich überhaupt nicht zu regieren lassen würde, wenn es nicht schon durch das scheinende Gift, das wir charakterisiert haben, so sehr geschwächt wäre.

Rußland ist ferner auch die Überbrückung des monarchischen Prinzipals und des demokratischen Empfindens, die sich in Preußen wie im Deutschen Reich mehr und mehr bis an die Grenze des Katholischen feigert. Man pflegt sie gewöhnlich "Byzantinismus" zu nennen, und das Wort hat eine historische Berechtigung. — Aber die Tradition des alten Byzanz ist mit keiner Religion, keinem Kaiserzeremoniell, seinen feinen Beschreibungen auf Rußland übergegangen, das ja selbst seinen höheren Ehrgeiz hat als den, Byzanz (Konstantinopel) zu seiner Hauptstadt zu machen. Rußland ist im heutigen Europa die halb muslimische, halb heraldische Vorstellung, die den Monarchen zum Erbengott hinpellt, in seiner Macht einen Ausfluß der göttlichen Kraft, und in jedem Wort einen Ausfluß bevorzugter Weisheit, in jedem blauen Uniformknopf einen Ausfluß der göttlichen Weisheit.

Unter den heutigen Kulturstaaten ist außerhalb des Zarentums diese Vorstellung nur in Veredelung des preussischen Königtums zu finden, und sie hat sich von dort auf das deutsche Kaiserthum ausgebreitet — zum deutschen Zeitalter, was nichts ist als der deutsche Reichsverfassung in dieser Hinsicht geworden ist: denn diese, die den Kaiser nur als "Präsidenten" des Bundes der deutschen Fürsten nennt, gibt nicht den mindesten Anhaltspunkt zu einer solchen mythischen Emporhebung der Kaiserwürde.

Rußland ist endlich die enge Verbindung von staatslicher und kirchlicher Autorität, von Subordination und Religion, für die man die Pfaffen "Thron und Altar" geprägt hat. Ursprünglich ist der Kaiser-Papismus (die Vereinigung der höchsten staatlichen und kirchlichen Macht in einer Hand), in dem sie gipfelt, auch byzantinisches Gewächs; aber auch dieses Gewächs ist nach Rußland verpflanzt worden, ist dort üppig in der Treibhausluft des engsten religiös-politischen Trudels geblieben, und einen Abgaber davon hat Preußen erhalten, — der zwar glücklicherweise nur bescheidenen Art entwickelt hat, aber doch von kirchlichen, Militär- und Zivilbehörden mit viel Liebe gepflegt wird. Daß ein guter Soldat ein guter

Christ und (nur) ein guter Christ ein guter Soldat ist, haben wir ja aus autoritären Munde vernommen hören. Außerlich betrachtet, erweist sich die frappante Ähnlichkeit zwischen Rußland und Preußen-Deutschland in der Verpersönlichung und dem absoluten Ansehen der Uniform. Wer in Rußland keine Uniform trägt, ist ebenso behaarent wie in Deutschland, wer nicht Kaiseroffizier ist, Rußland zeigt sich indes darin humaner, daß es freigelegte Uniformen aufstellt, als ein Zillbeamte, und deren Segnungen also weiteren Kreisen zukommen läßt. Dadurch sinkt natürlich der Wert der einzelnen Uniformen einigemmaßen; in Rußland wäre mindestens eine Oberuniform nötig, um das zu erreichen, wozu in Preußen eine Uniform eine Hauptmannsuniform genügt.

Die Richtigkeit der von Professor O. Barnack gezogenen Parallelen wird niemand bestreiten können. Der preussische Geist ist in der Tat nach mehr als einer Richtung völlig fastlich verfaulen, jetzt ungleich mehr als vor drei Jahrhunderten, als unter alter Ungleichheit noch als vor drei Jahrhunderten in Deutschland zu suchen, begrifflich leicht; denn je fastischer das Denken eines Volkes, desto leichter und sicherer die Herrschaft der Mächtigen. Das es aber auch unter den Nichtbeherrschten noch weite Kreise gibt, die nicht nur fastische Denkreise sich erhalten sondern ebendeshalb noch mit fortschreitender Zeit erhalten werden, das ist schon das "schiele deutsche Gift" gewirkt hat. Das fastische Verfallensgift ist also ein schweres Gift Arbeit vor sich, es ist ihm getrunken sein wird, den Kosakengeist auszumergen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 26. Februar 1907.

Das bewährte, vielfach angeeindete Wahlrecht.

Der deutsche Kaiser hat das Präsidium des neuen Reichstags am letzten Sonntag in mehr als einhundert Stunden empfangen und mit ihm über politische Angelegenheiten eine ausführliche Unterredung gepflogen, von deren Inhalt in der Montagausgabe des Berliner Lokalanzeigers einiges berichtet wird. Die bekannt gegebenen Äußerungen des Kaisers halten sich im allgemeinen im Rahmen der Feuilleterde von 5. und der Thronrede vom 19. Februar. Der Kaiser meint noch immer, daß sich in den Wahlen der "nationalen Stimmung" bewährt habe, erwartet von ihrem Ausfall irrtümlicherweise eine Festigung der deutschen Verfassung und findet, daß der Anbruch der Sozialdemokratie gerühel, sobald sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen. Dabei nennt der Kaiser auch Gelegenheit, über das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, und er gelangte zum Schluss, daß dieses "vielfach angeeindete Wahlrecht" sich durchaus bewährt habe.

Damit beschäftigt Wilhelm II. die Richtigkeit einer sozialdemokratischen Behauptung, die während des Wahlkampfes vom nationalen Block und den Organen der Regierung all-

141

Manon.

Die Geschichte eines Leichtsinners.
Von Ant. François Prevost.

Lescart erzählte mir, Manon habe ihn, in ihrer Furcht vor der Armut, und Verzweiflung unter Lebenswende augenblicklich ändern zu müssen, gebeten, ihre Bekanntschaft des Herrn von G. W. zu verschaffen, welcher als sehr freigebig bekannt war. Er hätte sich weigert, mir zu befehlen, daß der Mann von ihm ausgegangen, die Wege von ihm gebahnt worden waren. Ich hätte Manon heute morgen um 10 Uhr, ich er, und der andere Mann war ihr zwanzig Pfoten zu schenken, daß er sie taglich einlud, ihm auf seinem Landliche Gutsort zu lassen, wozin er sich für einige Tage begab. Ich erkannte augenblicklich, welcher Augen aus diesem Umstände für Sie erwachsen könne," fügte Lescart hinzu, und gab ihm auf seine Art zu verstehen, Manon habe bedeutende Verluste erlitten. Ich mußte seiner Eitelkeit so geschicklich zu schmeicheln, daß er damit anfang, Ich sagte ihm, dies genüge wohl für den Augenblick, aber meine Schwester bedürfte in nächster Zukunft größerer Summen, zudem forme für sich einen jüngeren Bruder, der uns nach dem Tode unserer Eltern auf dem Hofe gebieten lie, und wenn sie seinen Beifall habe, so würde er sie gewiß nicht in diesem jungen Menschen lassen, den sie als ihr zweites Ich betrachtete. Diese Erklärung machte mich nicht, ihm zu rühren. Er trachtete sich verständig, ein bequemes Haus für Manon und ihren Bruder zu mieten, und dieser "Hausnabe" sind Sie. Er verstand das Haus anständig zu mobilisieren, und monatlich vierhundert Livres an Manon zu geben, was, wenn ich richtig rechne, jährlich viertausend achtundzwanzig Livres macht. Bevor er nach seinem Landgut abreiste, gab er seinem Anbeter den Vorfall zu bringen. Dann werden Sie Manon wiedersehen, welche Ihnen tausend Gulde und die Versicherung liefert, daß sie Sie mehr liebt als je!

Träumend sann ich über die bigarre Gestaltung meines Schicksals nach. Ich fand mich von widersprechenden Beschaffen ge-

riffen, also in einer schwer zu löschenden Ungewissheit, und lange ließ ich die auf einander folgenden vielen Fragen Lescarts unbeantwortet. Es war dies wieder einer jener Augenblicke, wo Ehr und Eudem meine Gewissenbilfe weeten, und wo ich mit schweren Fußeln nach Almens, nach meinen Vaterhaus, nach Saint-Eulpie zurückgehe — um an alle Orte, wo ich in Ehren und Unschuld gelebt hatte, Welch fürchterliche Last trennte mich von jenem glücklichen Los! Ich sah es nur in weiter Ferne, wie ein meine Wunde fesselndes Schattenbild, welches mir wieder nahe zu rücken, mir die Energie fehlte. Welches Fatum, dachte ich, ließ mich so schuld beladen werden? Die Liebe ist eine schuldlose Leidenschaft — warum verdammele sie dich, wie mir in eine Quelle des Glendes und der Verdorbenheit? Was hinderte mich, ruhig und ehrenhaft mit Manon zu leben? Warum heiratete ich sie nicht, bevor ich etwas von ihrer Liebe erlangt hatte? Würde mein Vater, der mich so zärtlich liebte, nicht einwilligt haben, wenn ich mit ehrenhaften Günden in ihn gedrungen wäre? O, mein Vater hätte sich als reizendes Mädchen und tausendfach wert erklart, meine Frau zu werden, ich wäre jetzt glücklich in Manons Arme, in der Zärtlichkeit meines Vaters, in der Achtung rechtlicher Menschen, im Genuss des Reichthums und in dem Frieden der Rechtshaffenheit. Und jetzt — welcher Gegenstoß! Was ist das für ein schmachtvoller Handel, den man mir vorzuschlagen wagte! — Ich sollte in eine so schändliche Teilung! — Aber gibt es eine Wahl, wenn Manon es so befehmet, wenn ich Manon verlöre, sobald ich meine Einwilligung verweigere?

Ich schloß die Augen über mich selbst und sagte: Wenn Sie die Absicht hatten, mir einen Dienst zu erwiesen, Herr Lescart, so nehmen Sie meinen Dank. Sie hätten einen ehrenhafteren Weg einschlagen können, aber die Sache ist einmal seltsam, nicht wahr? Wir wollen also nur noch daran denken, aus Ihren Plänen Nutzen zu ziehen und Ihre Versprechen zu erfüllen.

Lescart, der durch meinen von so langen Schweigen gefolgten Wutausbruch in nicht geringe Unruhe versetzt war, freute sich ungemis, mich ein ganz anderes Verfahren empfehlen zu sehen, als er wohl erwartete. Er war nichts weniger als tapfer, wozon mir in der Folge noch so mancher Beweism wurde. "Ja, ja," erwiderte er schnell, "ich habe Ihnen da

einen vortrefflichen Gefallen erwiesen, und Sie sollen sehen, mir werden größere Vorteile daraus ziehen, als Sie vermuten." Wir sprachen von dem Mitbringen, das in Herrn von G. W. gegen unsere Geschicklichkeit aufzuweisen kam, wenn er mich großer Nutzen zu bringen, als er manichfaltig erwartet hatte. Wir fanden nur den einen Ausweg, daß ich eine einjährige Miene und Provinzianer annehmen und ihn glauben machen sollte, ich besäße die bestmögliche Geisteskräfte zu werden und besuche zu diesem Zwecke täglich das Kollegium. Auch wurde bestimmt, daß ich mich bei unserm ersten Zusammenreffen schlicht und geschmacklos kleiden würde.

Drei oder vier Tage hinter kam er nach Paris zurück. Er selbst führte Manon in das zwischen von seinem Anbeter den genommene Haus ein. Sie benachrichtigte folglich Lescart von ihrer Rückkehr, und da er wieder mir Mitteilung machte, so begaben wir uns beide zu ihr. Der alte Anbeter hatte sich schon entfernt.

Trotz der Duldbarkeit, mit welcher ich mich in ihre Wünsche gefügt hatte, konnte ich doch den ersten Anblick von Manon nicht unterdrücken, als ich sie jetzt wieder sah. Sie fand mich traurig und niedrigerer. Sie Probe sie wiederzusehen, konnte den Kummer über ihre Treulosigkeit nicht ganz besiegen — Manon hingegen schien entsetzt, mich wiederzufinden. Sie war mit meine Räte vor. Ich konnte die Worte "Treulos", "Veräterin" ebensowenig unterdrücken als meine Seufzer.

Anfangs spottete sie über meine Einfalligkeit, als sie aber meine traurigen Worte sah und wie schwer es mir fiel, diese Tage zu ertragen, die meinen Gemüthsstunden und Wänschen so sehr widerbrach, zog sie sich in ihr Zimmer zurück. Nach einer kleinen Weile folgte ich ihr und fand sie in Tränen. Ich fragte nach ihrer Ursache. "Das ist leicht zu erraten," sagte sie. "Wie soll ich leben, wenn mein Anbiter mich dazu bindet, dich traurig und unwillig zu machen? Du hastest fünf Stunden, die Du bei mir zubringst, noch nicht eine Besichtigung für mich, und nimmst die meinsten mit der Würde des Großhans im Zeroll hin!"

"Söre mich, Manon," entgegnete ich, sie unarmend, "ich kann nicht leugnen, daß mein Herz zu Tode betrübt ist. Ich erwarte nicht von der Unruhe, in welche mich Deine ungewohnte Treue versetzt, nicht von Deiner Grausamkeit, mich ohne ein Wort des Trostes zu verlassen, nachdem Du die

gemein bestritten wurde. Während des Wahlkampfes wurde erklärt, daß von einer Schmälerung und Aufhebung des Reichstagswahlrechts gar keine Rede sein könne, und alles, was darüber von unserer Seite gesagt wurde, war einfach „sozialdemokratischer Wahlwindel“. Jetzt aber wird von einer Seite, der Vereinigungsmehrheit für sozialdemokratische Behauptungen nicht nachgelegt werden kann, festgestellt, wo er in Wirklichkeit Wahlwindel getrieben hat: nicht die Sozialdemokratie, welche die vielfache Aufhebung des Reichstagswahlrechts behauptete, sondern der nationale Block und die Norddeutschen. Sg. die sie bestritten.

In welchem Maße das Reichstagswahlrecht angegriffen wird, dürfte niemand leugnen wissen als der deutsche Arbeiter, der selbst in seiner Eigenschaft als Wähler von Parteien Kandidaten des Reichstagswahlrechts ist. Nun, da der Arbeiter von dem Reichstagswahlrecht, das sich das allgemeine Wahlrecht bewahrt, habe, wäre es wünschenswert, daß ihm der König von Preußen bei dem nächsten Empfang der preussischen Landtagspräsidenten mit der gleichen Anerkennung folgte. Seine Mission würde damit der Mühe entzogen sein, das belächelte Reichstagswahlrecht mit unflüchtigen Redensarten zu verteidigen.

Das ist nun freilich nicht zu erwarten, sondern es ist im Gegenteil zu befürchten, daß die vom Kaiser festgestellten Aufhebungen des Reichstagswahlrechts erst recht nicht aufhören werden. Es gibt unzweifellos Leute, die eine weitere Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, denen tatsächlicher Ungleichheit so allein der Block seine Mandatsverleihe und der Kaiser seine Freunde zu verdanken hat, als liebste sind der konservativen liberalen Paarung beizubringen würden. Und weil die beste Verteidigung gegen so vielfache Aufhebungen der Angriffe ist, dürfen die deutschen Arbeiter niemals vergessen, daß die Rettung der Reichstagswahlrechts in Preußen nur in Sachsen liegt. Solange es ein Reichstagswahlrecht gibt, wird keine zufällige „Bewahrung“ des Reichstagswahlrechts durch einen regierungsfremdlichen Wahlaustritt mehr Wahlrecht vor den so vielfachen Aufhebungen zu sichen vermögen.

Zur kaiserlichen Ansprache bemerkt übrigens die sozialistische Tageszeitung:

Von einem Wahlrecht, auf Grund dessen die Reichshauptstadt fünf Sozialdemokraten in die Volkvertretung sendet... kann man wohl nicht sagen, daß es sich durchaus bewährt habe. Nach unserer Auffassung haben die diesjährigen Wahlen nur bewiesen, daß man mit dem jetzt geltenden Reichstagswahlrecht nicht fertig ist, und es ist zu erwarten, daß es uns weiter traglich, ob der Kaiser wirklich geglaubt hat, daß der Annulla der Sozialdemokratie genügt, sobald die bürgerlichen Parteien sich zumachen ließen... Um diese Antwort abtrotzend und vollkommen abweisend, dazu gehört noch manches andere als der Zusammenstoß der bürgerlichen Parteien.

Was dazu gehört, um zu verhindern, daß der Block von fünf Sozialdemokraten vertreten wird, kann indes fest werden. Das wird eben nicht zu verhindern sein, solange das „bewährte“, doch so vielfach angegriffene Wahlrecht besteht, und dieses „angreifende“ scheint der Deutschen Tageszeitung die Gelegenheit des neuen Reichstags günstig.

Die ersten Sitzungen im Reichstag.

Der Reichstag begann am Montag die erste Sitzung des Tages. Die oberen Reihentafeln von Berlin hatten sich in Eilen zu der Premiere eingefunden. Die Vorstellung wurde eröffnet durch eine entzückliche und langweilige Rede des Reichstagspräsidenten. Die Regierung will vorläufig von neuen Steuern absehen. Bezeichnend waren die Klagen des Herrn v. Stengel über die sozialpolitischen Lagen, Klagen, die auf der rechten Verständnislosigkeit Wiedeholung fanden. Dann sprach als Redner aus dem Hause Herr Spahn vom Zentrum. Es schlug oppositionelle Töne an, sorgte aber dafür, daß die Melodie den sieben Konservativen nicht gar zu unangenehm in die feudalen Ohren klang. So erinnerte er an die traurige Waffengemeinschaft beim Zollkrieg und bei der famosen Finanzreform. Einen breiten Raum in den Spanischen Ausführungen nahmen bewegliche und nicht ungründliche Klagen über die Unvollständigkeit des Reichstags an. Hierauf sprach als personifizierter Paarung konservativen und liberalen Geistes Schöndorfer-Börsenmann. Seine Rede lief auf eine Jubelstimmung über den Sieg des nationalen Bürgerrechts heraus. Nebenbei verlangte er ein bürgerliches Sozialpolitik, die aber mit Junkerei gepaart sein soll. Mit wahrhaft kritischer Unerschrockenheit nahm er den Plattenverein in Schutz, dessen Keim doch auch ihn angepöbelte hatte. Und nun kam die Glanznummer. Er selbst, der Nach- und Straßenerbener Bülow, leitete seine Rede mit dem schönen Eingangsatz ein, daß er, bevor er als konservativ-liberaler Paarungsprediger auftrat, gewisse Tadelmedien zwischen dem Zentrum und dem neugeborenen Kolonialdirektor unter höchstem Schutz genommen habe. Dann aber, als das Zentrum nicht auf den Regierungslärm froh, hat er mit blutendem Herzen vom Rechte der Reichstagsauflösung Gebrauch gemacht. Wenn das Zentrum nicht hübsch artig luschen wird und sich wieder befallen läßt, die verfluchten Sozialdemokraten in der Stichwahl zu unterstützen, so wird in künftigen Wahlkämpfen die bonapartistische Beeinflussungsweise noch ganz anders gelungener werden. Auf diese Strafprädigt folgte als heiteres Ende der Vorstellung ein anmutiger Gertanz, indem der Kanzler unter dem abweichenden Beifall der Rechten und der Linken alles das aufzählte, was

Nacht von ihm getrennt gebracht hatten — dies alles und noch mehr mühte der Jubel seiner Gegenwart mich vornehmen lassen. Glaubt Ihr aber, daß ich ohne Zuzer und ohne Tränen (dabei kosten einige Wangen) an das unglückliche, kümmerliche Leben denken kann, welches ich, meinem Willen nach, in diesem Hause führen soll? Lassen wir meine Gedächtnis, meine Ehre beiseite — eine Liebe, wie die meine ist, kann nicht von so schmalen Grenzen befreit werden; aber die meine Liebe geht nicht über die meine Grenzen, sie trübt sich von einer unaufrichtigen, herzigen Gesichten so leicht befehlt, so schmählich behandelt zu sehen?

„Sie überbrach mich.“
„Verteile mich, Chevalier!“ sagte sie. „Es ist unnütz, mich mit Worten zu quälen, die mir das Herz zerreißen wenn sie von Dir kommen. Ich weiß, was Dich verletzt. Ich hoffe, Du würdest dem Mann, den ich erziehe, um mich zu sehen, ein solches machen billigen, und nur aus Schenung Deines Jünglings willen mich die ersten Schritt ohne Deine Hilfe; da Du aber nicht mit ihm einverstanden bist, will ich auf diesen Plan verzichten.“

Marianne forderte, ich solle nur den Rest dieses Tages noch nachdrehen sein, sie habe schon zweihundert Laler von ihrem alten Vetter bekommen, nicht den Vierzehnten, um mit dem selben Abend ein wertvolles Verlebensband, andere Schmuckgegenstände und außerdem die Hälfte der ihr zugehörigen Jahrespension zu bringen. „Gib mir nur noch so viel Zeit, diese Geschenke in Empfang zu nehmen“ sagte sie, „ich schmeide Dir, daß er damit wieder oder nichts erlaubt hat, da ich ihn bisher auf Paris vertriebe. Allerdings hat er mehr als hunderttausend Mark an meine Hände gebracht, es ist mir sehr dankbar, daß er dieses Vergnügen bezahle, und fünf- oder sechs-tausend Pfund sind im Verhältnis zu seinen Reichthümern und zu meinem Alter wahrlich nicht zu viel.“

(Fortsetzung folgt.)

er einerseits für die Landwirtschaft, andererseits für die wohlverbundene Börse eines im Schilde führt. Alles will er tun, der abgerundete Kanzler. Er will konservativ sein und liberal, und er will auch nicht liberal sein und auch nicht konservativ. Nur in einem will er fest bleiben: In der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Jeder ist unwillig, der sich dieser nicht. — Von der ganzen Bülowrede wird den Arbeitern nur dieser Haß gegen die Sozialdemokratie Freude bereiten.

Aus dem Reichstage.

Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, dem Reichstag jetzt schon das gesamte gezeigerte Material wieder vorzulegen, das infolge der Auflösung unerledigt geblieben ist. Vielmehr besteht die Absicht, dem Reichstag nach Erledigung des Etats und der verchiedenen Nachtrag-Forderungen sowie ganz unaufschiebbarer Angelegenheiten vor oder doch bald nach Pfingsten zu schließen und der zweiten Session die Erledigung aller anderen Vorlagen vorzubehalten. Ob der Entwurf, betreffend Einräumung der Majestät-Beholdungsprozesse, der inzwischen im Reichstagsrat fertiggestellt ist, die nächste Reichstag nach in dieser Session vorgelegt werden kann, wird davon abhängen, wie lange Zeit das Staatsministerium zur Beratung des Entwurfs nötig haben wird.

Die Nationalliberalen haben eine Reihe Anträge eingebracht. So den Antrag, die verbundenen Regierungen zu ersuchen, mit tatsächlicher Befähigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Berechtigung der Mitglieder des Reichstags oder anderer gesetzgebender Versammlungen festgestellt wird, wegen dessen, was ihnen in Ausübung ihres Berufes andere anvertraut haben, ihr Zeugnis zu verweigern.

Feiner die Anträge um Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der das Vereins- und Versammlungsrecht für alle Bundesstaaten regelt; der ein Reichsarbeitsamt schafft; der gesetzliche Bestimmungen über die Formen trifft, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Regierungen der Nationalliberalen eine Veränderung des Mängelgesetzes vorschlägt, das hinsichtlich mancipienrechtlicher als Nebenleistungen ausgesetzt werden sollen und daß gestattet werden soll, auf der Hälfte der Wägen fast des Reichs, anders als ein anderes Höchstmaß anzubringen.

Das Zentrum beantragt eine Abänderung und Regelung der Arbeits-Ordnungen der Bergwerksbetriebe auf reichsgesetzlichem Wege. Und der Kaiserpreis beantragt, wie so oft schon, die belächelte Ausnahmestellung Straf-Ordnungen zu beseitigen und das bisherige freie Reichsland Straf-Ordnungen als weiteren Staat den Staaten, aus denen das Deutsche Reich besteht, hinzuzufügen.

Außerdem hat das Zentrum noch folgende Interpellationen eingebracht: Die Regierung zu befragen, wie es mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Berufsvereine steht, und ob bezüglich der Arbeiterkammern eine Vorlage zu erwarten ist, welche Maßnahmen die Regierung auf sozialpolitischen Gebieten zu ergreifen beabsichtigt und wie es mit dem schon so lange erwartete Strafprozessreform steht.

Man sieht, Material liegt jetzt schon genug vor, um den bürgerlichen Parteien Gelegenheiten zu geben, ihr volkfreundliches Licht leuchten zu lassen.

Die Sozialdemokratie verneint nur.

Wenn jemand von der Sozialdemokratie auch nicht das allermeiste verneint, das eine noch so genau, so genau, daß er sich dafür den Kopf abnehmen ließe, nämlich, daß die Sozialdemokratie „nur negativ“ ist, so ist sie doch in jeder Hinsicht vorgelegt worden, daß er als national gesinnter Staatsbürger glaudt. Der Verleumdungsverband hat mit ganz besonderem Nachdruck in seinen Flugblättern von der nun regierenden Sozialdemokratie geschwiegen. Tatsache ist, daß keine Partei fortgesetzt so viele gezeigerte Anträge gestellt hat wie die Sozialdemokratie. Als das Zentrum nach den Wahlen von 1903 seinen nicht erst gemeinten sozialpolitischen Weltlauf mit unserer Partei aufnahm, wurde es von den anderen bürgerlichen Parteien lächelnd des unlauteren Wettbewerbs bezichtigt. Jetzt haben sich auch die anderen Parteien an diesem Wettbewerb beteiligt, und da ihr Spitzmäher nicht hinreicht, eigene Gedanken zu fassen, haben sie einfach alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und verbietet.

Betreffs der Antikennen, Reformpartei und Wirtschaftlichen Vereinigung haben wir das bereits in Nr. 46 des Volksblattes, 2. Beilage, durch Inhabhaltung ihrer jetzt eingereichten Anträge nachgewiesen. Auch der konservativ-abgeordnete Gamp beschränkt den Weg der Abweisung fremder Anträge, indem er Anträge zur Alters- und Invalidenversicherung und auf Verrentlichung der drei Versicherungsarten gestellt hat. Allerdings hat er unsere früheren Anträge verschwiegen; denn er läßt die Landarbeiter aus der Krankenversicherung, die Diensthöfen aus der Kranken- und Unfallversicherung heraus! Die Annahme des Gamp'schen Antrages würde zur Folge haben, daß es Verordnete gibt, die nur Anspruch auf Alters- und Invalidenrente haben, andere, die außer Anspruch auf Alters- und Invalidenrente noch Anspruch auf Unfallrente, aber keinen Anspruch auf Krankenlohn haben. Die Unfallrente würde teils nach tatsächlichen verdienten Zahlen teils nach statistischen Tabellen, teils nach den von der Verwaltungsbehörde zu setzenden Zahlen, teils nach dem Reichssteuerbescheidungen berechnet werden. Es würde eine so komplizierte Mechanik entstehen, daß die hundertfache Verfeinerung durchzuführen, daß die Verwaltungsstellen noch leichter werden würden als sie jetzt schon sind. Gamp will aber die Landarbeiter und Diensthöfen von der Kranken-, Kranken- und Unfallversicherung ausschließen, um für die Agrarier einige Pfennige Beitrag zu sparen!

Weiter fordert Gamp die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf das 65. Jahr. Auch das ist unterm anderen entlehnt. Schon 1888-89 forderte unsere Fraktion auf Grund des Nr. 100 die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Jahr. Und vor fünf Jahren lehnten Gamp und Genossen unser Antrag auf Herabsetzung des Alters auf das 65. Jahr nicht ab.

Jetzt haben sich die bürgerlichen Parteien die „nörgelnde, unfruchtbare Kritik“ der Sozialdemokratie zu eigen gemacht. Was an ihren neuen Anträgen auf ist, haben sie von uns entlehnt. Was sie hingenügend haben, ist schief und wird am Ende wieder dahin führen, daß die Sozialdemokratie gegen die verurteilten Anträge stimmen muß, auch auf die Gefahr hin, dann wieder als arbeitereindlich hingestellt zu werden.

Wahlproteste sind ferner erhoben worden von der Sozialdemokratie gegen die Wahlen des Abgeordneten Graf Carmer in Breslau-Land und Fürsten Jagsied in Breslau-Ost.

Zur allgemeinen Mitteilung nahm am Sonntag in einer außerordentlichen Versammlung das internationale Komitee für Abrüstung in Paris Stellung. Das Komitee beschloß, am 1. Mai eine internationale Kundgebung zugunsten der allgemeinen Abrüstung zu veranstalten.

Die Entgegnung des Volen. Das Berliner Tageblatt kündigt an, daß eine gesetzgebende Aktion bevorstehe, die den Zweck hat, der antipolitischen Anstiftungskommission das Entengungsrecht zu verleihe. Die Anstiftungskommission soll zunächst für allen in politischen Händen befindlichen Grundbesitz ein Vorkaufsrecht erhalten, ihr soll aber auch für den Fall unbedingter Veräußerung das Entengungsrecht verliehen werden. Damit gibt die Regierung dem Volen ein Respekt, nach dem alle Großgrundbesitzer und Kapitalisten behandelt werden sollten, wobei sie aber absondern das Recht nimmt, die Sozialdemokratie wegen ihrer „Eigentumsfeindschaft“ anzugreifen, ist nach Gezeiten der Logik nicht erfindlich.

Zur Polenpolitik. Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe. Dieses einem alten römischen Satiriker entnommene Zitat, das durch den preussischen Justizminister Schönfisch eine neue Fassung angenommen hat, findet jetzt auch Anwendung gegenüber polnischen Vereinen. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz hatten sich vor der Strafammer 100 Mitglieder des polnischen Vereins Straz zu verantworten. Er wurden auch für schuldig befunden und zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. Der Verein Straz selbst wurde für einen politischen erklärt, der staatsfeindliche Tendenzen verfolge. Ist aber der Straz ein „politischer Verein“, so ist es der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der Nationalvereine usw. zweifellos auch. Haben diese Vereine die vorgeschriebene Meldepflicht in jedem Falle erfüllt, ihre Sitzungen angemeldet usw.? Wenn nicht, warum ist nicht auch gegen sie ein hochpolitisches Gerichtsverfahren eingeleitet? — Eine neue Maßgabe der Untergerichtsverwaltung zur Bekämpfung des politischen Schrifttums steht bevor. Es ist für sämtliche höhere Lehranstalten und Lehrstühle in den Provinzen Preußen, Westpreußen und Schlesien Anordnung getroffen, daß in Anbetracht keine Schüler aufgenommen werden, deren Familien in irgend einem Zusammenhang mit dem Schrifttumsstande stehen haben oder stehen. Jeder sechs Aufnahmehesoll sollen genaue Erörterungen angeht werden. — Wieder hat man einen Anlauf junger Leute ihre Erlitten verneint, indem 20 Schüler, deren Eltern für den Schrifttumsstand eingetretet sind, vom Gymnasium Ostrowo verwies. Was können die Kinder für die Tüchtigkeit ihrer Eltern?

Militärjustiz. Der Unteroffizier Winkler vom 104 Infanterie-Regiment wurde vom Kriegsricht (Chemnitz wegen Mißhandlung und Beleidigung Untergebener zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Deardatation wurde abgesehen, weil die Verletzungen Winklers nicht als „Cult zu schänden“, sondern aus guter Absicht (!) entpfinden seien. Eingegen verurteilte das Kriegsricht in Hohenlohe die Soldaten Bergwald und Biedelmann wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung von Rekruten zu je zwei Jahren acht Monaten Gefängnis. Nun wollen wir die Soldatenhelfer über die Mannschaften durchaus nicht gutheissen, aber sie brauchen schließlich doch nur im System des Drills, der Straferregnisse u. So da sind die Strafen doch zu hoch gegenüber den über Borgeigte verhängen.

Zusland.

Oesterreich. In Ungarn droht infolge der allgemeinen Korruption ein neuer Ständal auszubrechen. Das magyarische Blatt Budapest Herald meldet, daß der frühere Ministerpräsident Tiska aufaueferdet werden soll, über die Verwendung des Dispositionsfonds von 200.000 Kronen detaillierte Angaben zu machen. Das Blatt berichtet weiter, daß aus dem dem Parlament vorgelegten Akten hervorgeht, daß ein früherer Handelsminister 19.000 Kronen im eigenen Interesse aus dem Dispositionsfonds verwendet habe.

Schweiz. Das Volk des Kantons St. Gallen hat in einem Referendum das Gesetz über die obligatorische Vieh-Verfütterung verworfen.

Frankreich. Das Lehrerbündnis, das ganz nach dem Muster der Arbeiterinstitute organisiert ist, hat sein besonderes Ansehen bei der Regierung. Der früher so radikale Kultusminister Briand verlangt sogar direkt die Auflösung bzw. den Austritt der Lehrer aus dem Bündnis. Um dies zu erreichen, erfolgte auf seine Veranlassung hin die Schließung der Arbeitsbüros für die Lehrer des Seine-Departements. Eine Abordnung der Kandidatenvereinigungen der freien Lehrer protestierte bei dem Ministerpräsidenten Clemenceau gegen diese Schließung. Clemenceau erklärte, die Arbeitsbüros die den Lehrern zu vorbehalten sind und nicht für Beamte bestimmt, die aus dem Geleie betreffend die gewerblichen Syndikate nur geduldetesterweise Gewinn zögen.

Das ist natürlich nicht als eine Verlegenheitsdraße. Denn organisiert kann sich in Frankreich jeder nach seinem Gutdünken. Wie aber Druck Geordnet erzeugt, so auch hier. Auf Ansuchen der Lehrervereine hat die Verwaltungscommission der Pariser Arbeitsbüros die Lehrervereine des Seine-Departements auf die Ansuchen unter die auf der Arbeitsbüros vertretenen Gewerkschaften aufgenommen und ihr ein Bureau angewiesen. Der Zulassungsbescheid beruht sich darauf, daß die Lehrervereine eine gemäß dem Gewerkschaftsgesetz von 1884 konstituierte Vereinigung von Lohnarbeitern ist. — Es heißt, daß sich der Seine-Präsident der Infallierung der organisierten Lehrer in der Arbeitsbüros widersetzen werde. Die Verwaltungscommission ist aber entschlossen, nicht nachzugeben. Es ist ein neuer Konflikt zwischen der Arbeitsbüros und der Regierung wahrscheinlich. Und warum? Weil die ehemaligen sozialistischen Briand und Clemenceau den Lehrern nicht das Recht zugestehen wollen, was ihnen von Staatswegen zuteilt.

Marokko. Es ist eingetroffen, was die französischen Zeitungen derzeit bei Berufung des deutschen Majors v. Lohndt und des Mittelmeeres Wolf behaupteten, von der deutschen gutgesinnten Presse aber als unwahr hingestellt wurde: daß die beiden Offiziere zur Ausbildung der marokkanischen Soldaten bestimmt seien. Jetzt wird nämlich gemeldet, daß beiden eine Anzahl Soldaten zur Ausbildung nach europäischer Weise überwiesen wurde.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus schied gestern den Antrag der Gesundheitsordnungs-Kommission auf Aufhebung unterer veterinärärztlichen Redakteure in Halle, Magdeburg und Gera an die Gesundheitsordnungs-Kommission zur anderweitigen Entscheidung zurück. Angeblich weil die infraktierten Artikel schon vor der letzten Beurteilung angedreht seien. Um die Anzahl vor einer Debatte über die Wäntzen des Justizpräsidenten Kröcher zu verbergen, haben also die immunen Abgeordneten eine Beding lang nach diesem schändlichen Vornam suchen müssen. — Darauf verhandelte das Abgeordnetenhaus über die Novelle

Achtung, Weissenfels!

Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr im Saale der „Stadt Raumburg“

grosse öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. „Was lehren uns die letzten Wahlen?“
Referent: Bezirkssekretär Genosse **Drescher**, Halle. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Einberufer.

Reussen.

Restaur. Zum Gambrinus.
Am 2. u. 4. März d. J.
gr. Jockbierfest.
Sonntag u. Montag. Humor.
Vorträge, Auffreien eines guten
Sonnen.
F. Wodanwürden. Mägen gratis.
Es ladet freundlich ein A. Franke.
Makulatur **genossensch. Prädikat.**

Arbeiter-Bildungsverein zu Halle a. S.

Mittwoch den 27. Februar abends 8 1/2 Uhr
im H. Saale des „Königlichen Hofes“ (Hallestr. 14)
Sitzung der Frauen-Abteilung.
(Referent: Oskar Fröhlich.)
Montag den 4. März abends 8 1/2 Uhr im großen
Saale des „Königlichen Hofes“ (Hallestr. 14)
National-Vortrag **„Die Frau in der
Geschichte“** über: „Selbstziehung durch Autogenese“.
Sonntag den 10. März: Theater-Abend im Bellevue. (Nur
für Mitglieder.) Eintritt 15 Pf.
23. März: **Stiftungsfeier** im Bellevue. **D. W.**
Schreib-Kursus ist beendet.

Gewerkschaftskartell Halle a. S.

Freitag den 1. März 1907 abends 8 1/2 Uhr
im „Weissen Hof“, Geißestraße 5

Sitzung.

Tagesordnung:
1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Ergänzungsmahl des Vorstandes.
3. Die Halleischen Gewerkschaften in der Vergangen-
heit, Gegenwart und Zukunft.
4. Das diesjährige Gewerkschaftsfeiern.
5. Streiks- und Lohnbewegungen.
6. Verschiedenes.
Die Delegierten werden um vollständiges und pünktliches
Erscheinen erucht.
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verb. Halle.

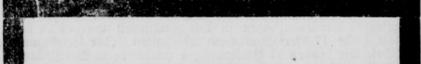
Mittwoch den 27. Februar abends 8 Uhr
im Weissen Hof

gr. öffentl. Stellmacher-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Sind wir freie Arbeiter oder Sklaven. Referent:
Gustav Heyn.
2. Es ist Ehrenpflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung
anwesend zu sein.
Der Einberufer.

Goldene Kette

Mittwoch den 27. Februar
Schlachtfest.
Freitag 9 Uhr: Wellfleisch.
Wurst auch außer dem Hause.
Es ladet freundlich ein **Fr. Sachse und Frau.**



Süssmild's Walthalla-Theater.

Dienstag den 26. und Mittwoch den 27. Februar:
nur **zweimaliges** Gastspiel
des allgemein als bester deutscher Vortragskünstler
und durch sein selbstgeschaffenes Repertoire in ganz
Deutschland rühmlichst bekannten Humoristen
Sieewart Gentes.

Erhöhte Preise der Plätze:
II. Rang 45 Pf., Saal 85 Pf., Sperrplatz num. 1.25 Mk.,
num. 1. Rang 1.25 Mk., I. Rang num. 1.75 Mk., Loge 2.50 Mk.
Während dieser 2 Tage Vorverkauf ungültig.

Mittwoch nachm. **Lebende Photographien.**
4 Uhr:

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. Katharina II. von Rußland. Konfiguriert gewesen.
2. August der Starke, Kurfürst von Sachsen. Konfigu-
riert gewesen.
3. Papst Alexander VI.
4. Karl Leopold von Mecklenburg.
5. Ludwig XV. von Frankreich.
6. Philipp II. von Spanien.
7. Friedrich Wilhelm II. von Preußen.
8. Heinrich VIII. von England.
9. Elisabeth von Rußland.
10. Louis Philippe von Frankreich.
11. Papst Julius von Preußen.
12. Friedrich II. von Preußen.
13. Caligula.
14. Ludwig XV. von Frankreich.
15. Friedrich Wilhelm IV.
16. Ivan der Schreckliche von Rußland.
17. Jerome, König von Westfalen.
18. Isabella II. von Spanien.
19. Wilhelm II. von Hessen.
20. Nero.
21. Karl I. von England.
22. Karl Eugen von Württemberg.
23. Rudolf II., Kaiser von Deutschland.
24. Christian von Schweden.
25. Maria Theresia von Oesterreich.
26. Leopold II. von Belgien.

Jedes Heft 20 Pf.
Auch gebunden in 5 Bänden à Band 1.50 Mk.
Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Kredit auch nach ausserhalb.

Eine brillante Idee

ist es, wenn Sie schon jetzt Ihren Bedarf an Waren und
decken, da meine Käser in allen Sorten
Möbeln komplettiert sind und ich durch Massen-
einkauf für viele Filialen
den denkbar günstigsten Vorteil
bieten kann.

Als Spezialität
offerierte ich:

| | |
|-------------------------------|-------|
| 1 Zimmer mit Anzahlung v. Mk. | 7 an |
| 2 Zimmer " " " " | 15 an |
| 2 Zimmer " " " " | 20 an |
| 3 Zimmer " " " " | 30 an |
| 1 Anzug mit Anzahlung v. Mk. | 3 an |
| 1 Anzug " " " " | 5 an |
| 1 Anzug " " " " | 8 an |
| 1 Ueberzieher " " " " | 7 an |

Möbel-, Damen- und Herren-Konfektion
sind in großartiger Auswahl - von den einfachsten
bis zu den feinsten - stets vorräthig.

Der denkbar leichtesten Kredit, wie solcher
von niemandem angenehmer und leichter ge-
boten wird, wünscht, der Wendte sich

nur
an das modernste, kulanteste u. beliebteste
Möbel- und Ausstattungs-Geschäft

N. Fuchs,

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. u. II.

Wagen ohne Firma. Diskrete Lieferung.

Zeitz, den 26. Februar 1907.

P. P.

Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir, er-
gebenst anzuzeigen, dass ich in
Zeitz, Brüderstr. 10,
im Hause des Kaufmanns Herrn W. Nägler,
ein
Schuhwaren-Geschäft
mit dem heutigen Tage neu eröffne.

Meine Fachkenntnisse und langjährigen
Verbindungen setzen mich in die Lage, nur
das Beste bieten zu können; insbesondere
werde ich bestrebt sein, nur gute und preis-
werte Ware zu führen, um allen Ansprüchen
der geehrten Kundschaft genügen zu können.
Im Bedarfsfalle halte ich mich bestens
empfohlen und bitte um geeigneten Zuspruch.
Hochachtungsvoll

G. Carl Rockendorf
Zeitz, Brüderstrasse 10.

Spezialität:
**Anfertigung
wasser-
dichter
Arbeitsstiefel
nach Mass.**

Eigene
Reparatur-
Werkstatt.



Nur Karl Koch's

Nährzwieback
Kommt seiner Zusammensetzung
u. Wirkung nach der Buttermilch
gleich, wirkt erfrischend u. gesund-
lich, verdaulich, bei Verdauungs-
störungen unentbehrlich; man gebe
daher den Kindern, wenn sie ge-
heilen sollen,
nur
Karl Koch's Nährzwieback (Serren-
str. 1.)
zu haben im 10., 20., 30. u.
60 Pfg. Läden in den Apotheken,
Drogerien, Kolonialwarenhandlungen u. in den bekannten Ver-
kaufsstellen.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Die zur **Wilhelm Schmidt'schen Konkursmasse** hier
bedingten Vorräte in
Zigarren, Zigaretten, Tabaken, Pfeifen, Spitzen, Zigarrenscheren etc.
sollen von **Dienstag, den 26. Febr.** ab u. folgende Tage im
Geschäftslocal **Wandfelderstraße 10**, zu billigen Preisen aus-
verkauft werden. Der Verkauf findet täglich von 3 bis 8 Uhr nach-
mittags statt. **Der Konkursverwalter Ferd. Wagner.**

Masken-Verleih-Geschäft

Domplatz 6 Franz Steinbeiss, Domplatz 6.

Wem Junge will absolut einen

Erdglobus

wie ihn das „**Volksblatt**“ als Prämie für seine Leser anbietet.
Er merkte geteilt, er bringe dann weit bessere Zeugnisse in der
Geographie zu Oitern nach Hause und er könne dann auch seine
Briefmarken besser ordnen, wenn er wisse, wo die einzelnen
Staaten liegen.
Er war schon in der **Volksbuchhandlung, Harz 42/43**
und hat sich den dort ausgestellten Erdglobus angesehen.
Den Preis hat er sich auch liegen lassen.
Der 88 Zentimeter im Durchmesser messende Globus ist in
18 Farben ausgeführt und kostet **8.50 Mk.**, nach auswärts
Porto zugutlich.

Hausarbeit.

Mehrere tüchtige Zigarrenarbeiter
für feinste Handarbeit, finden sofort bei hohem Lohn Beschäftigung.
Leipzig, Weststr. 31, Zigarrenfabrik.

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: **H. Richards.**
Mittwoch den 27. Februar:
161. **Hannem.-Vorh. 1. Viertel.**
Umtauschkarten gültig.
Novität! **Novität!**
Zum 1. Male:
Gruft. (Bunbury).
Eine triviale Komödie für seriöse
Leute in 3 Akten von
Oskar Wilde.
Deutsch von **S. von Feigenberg.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag den 28. Febr. 1907:
Anfang 7 Uhr.
162. **Hannem.-Vorh. 2. Viertel.** Umtauschkarten ungültig.
Gastspiel des **Opernsängers**
Walter Reomer.

Die Wallüre.
Erster Tag aus der Trilogie:
„Der Ring des Nibelungen“
von **Richard Wagner.**

Panorama

Große Ulrichstraße 61.
Donaureise.
Nur Rathausstr. 15!
Billigste Bezugsquelle!
für **Linoleum,
Tapeten,
Wachstuche.**

Elegante Kleidersekretäre
26 W. Berlinow 34 W. Schwere-
tische 34 W. Sojas 38 W. Stühle,
Bettschellen, Matratzen zu vert.
K. Meier, Albrechtstr. 39.

Flechten-Kranke
erhalten gratis und franco er-
fordernde Briefschrift der Behand-
lungsart ihrer Flechten von
trod. u. nach Flechten, Schuppen,
Darrflechte und sonst hartnäckigen
Ausläsag. **E. Reinecke,**
Leipzig 81, Dittstraße 80.

Apollo-Theater

Direkt: **Gustav Poller.**
Gastspiel des **Berliner
Hoftheaters**
Direktion: **G. Pfeil.**
Abendstück: **Die
stürmischen Erfolge.
Kadettenstreiche.**
Gr. Ausstattungsburleske
in 3 Akten
von **Victor Hollander.**
3. u. 4. Akt.

Der Blumen Erwachen.

Großes Ballet,
ausgeführt von **24 Damen**
vom Corps de Ballet
1. Tänzern:
Frä. Kitchener-Schwebe.
Solotänzerinnen:
**Frä. Elsa Henkel, Maria
Zimmermann und Alloo
Scheller.**
Anfang **8 1/2 Uhr.**
Gewöhnliche Preise.
Vorankündigung auf
nummerierte Plätze im
Theater-Bureau vorm. 10bis
1 1/2 u. nachm. 4 bis 7 Uhr.
Telephonische Bestellung
unter Tel.-Nr. 188.

Nach Berlin

Bückerlehrling: **Stern verlanst
Feinbäckerei, Singelfstraße 23.**

Postillon

Sobald erschienen!
**Säbentlicher
Postillon**
Nr. 5.
Preis 10 Pfg.
zu beziehen durch alle Buch-
träger und die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

1. Beilage zum Volksblatt.

№. 49.

Halle a. S., Mittwoch den 27. Februar 1907.

18. Jahrg.

Von der „anständigen“ Presse.

III.

Die Entwicklung des Zeitungswesens hat dahin geführt, daß eine große Anzahl kapitalistischer Blätter teils von Finanz- und Unternehmerrgruppen „alimentiert“, das heißt durch Zuwendungen verschiedener Art unterstützt und unterhalten wird, teils direkt in die Hände solcher Interessentengruppen gelangt ist. Natürlich wenden diese Kontranten nicht alljährlich Zehntausende, manchmal sogar Hunderttausende von Mark auf — nur um für die „nationale Ehre“ Deutschlands, für die Erhaltung der „patriotischen Gesinnung“, die Sittlichkeit des Familienlebens“ oder dergleichen zu kämpfen. Der Zweck, den die hohen Herren von Mammons Gnaden mit ihren Unterhaltungen und „patriotischen“ Opfern verfolgen, ist ein anderer. Das von ihnen unterhaltene Blatt hat sich in den Diensten ihrer Interessen, ihrer Geschäftspolitik zu stellen und für diese die sittlich-nationale Verklärung zu liefern; es hat ferner solche sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, welche die finanziellen oder industriellen Profite der betreffenden Clique beeinträchtigen könnten, und es hat drittens unausgesezt die Sozialdemokratie zu verächtlichen und zu verleumdenden. Wird diese Arbeit von den Redaktionen nach Wunsch der Interessenten geleistet, dann können die hochvermögenden Herren sehr geneigt sein. Herr Kronstein, der Leiter der Post, bezieht z. B. unseres Wissens für höchst minimale Leistungen, trotz der häufigen Unterbrechung des Blattes, ein Gehalt von über 18000 Mark. Der Kampf für die nationale Gesinnung rentiert sich also.

Die Nachfrage dieser Presseorgane nach Verleumdungsartikeln und Notizen gegen die Sozialdemokratie hat zur Gründung und Herausgabe aller antisozialdemokratischer Korrespondenzen geführt. Zunächst ist die Antisozialdemokratische Korrespondenz zu nennen, die mit Unterstützung hoher Offiziere von Herrn Max Lorenz, einem früheren Redakteur der Post, herausgegeben wird, der sich in widerwärtiger Weise zum Epitaphen des Konfessionsismus durchgemauert hat. Was die Sache angeht, so steht dieses Zeugnis der modernen Zeitungsliteratur jedoch immerhin noch auf einem verhältnismäßig hohen Standpunkt, da trotz seiner eigenartigen inneren Entwicklung Herr Lorenz sich noch eines Anstandsgefühls bewahrt hat. Viel tiefer als diese Korrespondenz steht die vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie — der Leiter dieses Verbandes ist bekanntlich der Generalmajor von Liebert — herausgegebene Verleumdungskorrespondenz, die, wie der letzte Geschäftsbericht dieses sauberen Verbandes mitteilt, regelmäßig an 1275 deutsche Zeitungen versandt und, da der Abrudruck von Notizen aus dieser Reichs-Druckpresse nichts kostet, von einem großen Teil dieser Blätter, bei dem das Reinlichkeitsgefühl viel weniger als der Geschäftssinn entwirrt ist, eifrig benutzt wird. Vornehmlich die kleine Konfessions- und Landratspresse bezieht aus dieser Korrespondenz einen großen Teil ihrer politischen Post.

Mit diesen beiden Spezialkorrespondenzen ist jedoch die Verleumdungsmaschine nicht erschöpft. Die starke Nachfrage der oben charakterisierten Unternehmerrpresse nach antisozialdemokratischen Notizen hat die Herausgabe einiger Berliner Korrespondenzen, die sich früher hauptsächlich mit der Verleumdung über lokale Vorfälle, mit Spott- und sozialpolitischen Angelegenheiten befaßten, dazu bewegen, sich ebenfalls mehr oder weniger mit der Fabrication von antisozialdemokratischen Verleumdungsnotizen zu beschäftigen. Warum auch nicht? Während die Lokal- und die sozialpolitischen Mitteilungen oft wenig Beachtung finden, können die Berichte über sozialdemokratischen Terrorismus, gewerkschaftliche Unterhaltungen oder Setzgelage des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf sicheren massenhaften Abrudruck in der kapitalistischen Presse rechnen; sie bringen also etwas ein — und schließlich ist es doch durchaus nicht schwerer zu erfinden, daß in der Müllerstraße ein Dienstmädchen aus dem Fenster gestürzt ist, als daß in einem Weinlokal des Westens Bebel fünf Flaschen „Handel trocken“ getrunken oder Vollenbaur in den Blumenstraßen Ranfaun getanzt hat. Im Gegenteil, die Sache ist viel bequemer und leichter. Wollt man sich nur etwas Erfindungsgebot und das Stubium der Parteimitteilungen, Versammlungsberichte und der gewerkschaftlichen Notizen anderer sozialdemokratischer Blätter. Daneben wird mit ganz besonderem Vorliebe das Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wählervereine Berlin benutzt. Steht z. B. in einem dieser Blätter, daß der letzte Jahrsabend schlecht besucht war, so setzt sich der Herausgeber solcher Korrespondenz hin und schreibt etwa folgende Notiz:

Die Erörterung der „Genossen“ über das Treiben der Herren Obergenossen, der wohlhabenden Parteimitglieder, schlägt immer höhere Wogen. Die einschneidenden Elemente des Arbeiterverbandes haben es satt, den leistungsfähigen Parteiführern fernerhin ihre schwererarbeiteten Groschen zur Verfügung zu stellen. Die letzten Jahrsabende waren, wie das Mitteilungsblatt des Berliner Aktionsausschusses wider Willen zu ersehen war, bereits sehr schlecht besucht, und die um ihre irdischen Einkünfte besorgten Herren Funktionäre fordern ihre Herde mit den üblichen Kräftproben auf, sich künftig zahlreicher einzustellen usw.

Am nächsten Tage steht diese perfide Stillbildung in der betreffenden Korrespondenz, und nach einigen weiteren Tagen finden man sie im größten Teile der kapitalistischen Presse von der National-Zeitung bis zur Post und der Deutschen Tageszeitung. Da jedes dieser Blätter für die Aufnahme zu zahlen hat, so macht der Verfertiger der Verleumdungsnotizen ein schönes Geschäft, das ihn zu weiteren Betätigungen auf diesem Gebiete der Sittlichkeitsverletzung anreißt. Nach einigen Tagen liegt er der Vorstand des und des Wahlvereins hätte eine Erklärung der Vereinsbeschlüsse um 10 Pf. pro Monat vorzulegen. Ein geneigtes Pressen! Begehrter nimmt der Herausgeber der Korrespondenz wieder seine Feder zur Hand und schreibt:

Die sozialdemokratische Preisfrage ist durch den letzten Wahlkampf völlig erledigt. Die Wahlplakate und die Heften der Herren Agitatoren haben ein Geißelndes gefolgt, denn bekanntlich wissen die Wahlwähler, auch die dritten, vierten Klasse, die Annehmlichkeit eines guten Stotels und eines reichhaltigen Suppers zu schätzen. Die vielen darin ihren großen Vorbildern Zinner und Bebel, die wie schakale Heft werden ist, kürzlich in einem feinen Weinlokal des Westens des Kaisers Überwachtung mit Champagne geleitet haben. Es ist also nötig, die Preisfrage wieder zu füllen. Der Arbeiter soll aufs neue gedrückt werden usw.

So wird's gemacht. Hat man einige Zeit dieses Treiben verfolgt, kann man beinahe mit Sicherheit voraussetzen, in welcher aufgedunsenen Form eine Notiz, die in irgend einem anderen Parteiblatt gefunden hat, in den darauf folgenden Tagen durch gewisse Blätter von der Qualität der Post, National-Zeitung, Staatsbürger-Zeitung, Täglichen Rundschau usw. laufen wird.

Besonders haben sich in letzter Zeit die Verfasser solcher Notizen darauf berufen, sogenannte „Beispiele“ von sozialdemokratischen Wahlvereinsmitgliedern oder von Selbstverleumdungen durch gewerkschaftliche Kassienbeamte zu fabricieren. Zur Illustration der Sache können folgende Proben dienen:

In Nr. 62 der Kreuz-Zeitung heißt es:

— „Aus vielen Gegenden Deutschlands kommen Klagen über sozialdemokratische Agitatoren bei den letzten Wahlen. Viele Geschäftsleute wurden durch verächtliche, aber verächtliche Aussagen erzwungen, Beiträge in die sozialdemokratischen Wahlkassen zu zahlen. Vielleicht der bedeutendste Fall dieser Art hat sich in Groß-Altderode zugetragen. Dort wurde einem Fischereimeister von seinen Weibern bedeutet, sie würden, wenn er überhaupt am Wahltag aus dem Hause ginge, um zu wählen, am anderen Tage die Weiber abzuheften und durch das Wegbleiben seiner Weibchen einen empfindlichen Schaden beibringen müßte, gab er dem Druck nach und blieb am Tage der Abstimmung zu Hause. Wer die Sache kennt, weiß sofort, daß es sich um eine erfundene Verleumdungsnote handelt. Ein Fischereimeister in Groß-Altderode? Wer, welcher? Es ist ein beliebiger Titel solcher Notizenfabrikanen, welcher genaue Namen zu nennen, noch den Ort (Stadt und Namen) zu bezeichnen. Ihre Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus beginnen meist: „Ein Schneidermeister in Köln“ — „Ein wohlhabender Bädermeister in Hamburg“ — „Eine Fabrik in Westfalen“. Auf diese Weise entgehen nämlich die Herren dem Schicksal, daß ihnen ihre Lügen als Lügen nachgewiesen werden.

Indes kann man von einfachen Arbeitern nicht verlangen, daß sie schon aus der äußeren Form einer Zeitungsnote erkennen, was von ihr zu halten ist. Unsere Genossen in Groß-Altderode haben sich deshalb die größte Mühe, in Groß-Altderode bei allen Fischereimeistern nachzuforschen, ob sich in ihrer Werkstätte dieser Art ereignet hätte. Das Ergebnis haben wir mitgeteilt. Es stellte sich heraus, daß keiner der Fischereimeister Groß-Altderodes etwas von der Sache wußte. Die Notiz war von der ersten bis zur letzten Silbe erlogen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. Februar.

Auf die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

welche am Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus, Karlstraße, stattfand, sei hierdurch hingewiesen. In dieser Versammlung sollen neue Mittel und Wege zur Festigung der Partei und deren Aktionskraft besprochen werden. Außerdem wird die Abrechnung von der Reichstagswahl und vom vierten Quartal geleistet werden. Angehörige der wichtigen Tagesordnung dürfte zahlreicher Besuch dieser ersten Mitgliederversammlung nach dem Wahlkampfe zu erwarten sein.

Aus dem Stadterverordnetensaal.

Dreißig Punkte standen auf der Tagesordnung; nur zwei wurden davon erledigt. Aber es waren zwei wichtige Fragen, die zur Entscheidung gelangten. Erstens ist das städtische Schwimmbad endgültig nach der alten Stadtgärtnerei, Ecke Schimmelstraße und Steinstraße, verlegt worden, und zweitens hat man sich von den Feuerversicherungs-Gesellschaften emancipiert und die städtischen Gebäude in eigene Versicherung genommen. Es war ein laudenswerter Kampf, der darum geführt wurde. Mit 31 gegen 22 Stimmen gelangte jedoch schließlich der Antrag auf Selbstversicherung zur Annahme. Der Stimmgeber ist in vorliegender Nummer gibt die Details in genügender Ausführlichkeit wieder. Hoffl. hat damit einen befriedigenden Schritt nach vorwärts unternommen. Andere Schritte werden nachfolgen, und die Feuerversicherungen werden es durch ihre Vertreter nicht an Geheimrentieren fehlen lassen. Der Beschluß war kein Sprung ins Dunkle, wie ein Stadterverordneter meinte, sondern ein Sprung ins Freie, lichte. Hoffentlich gibt der gelungene Beschluß Anlaß, daß überhaupt unsere Stadt eine Feuerversicherung für alle im Stadtgebiet liegenden Gebäude in die Wege leitet.

Die Volkspartei-Kommission

konnte gestern die erstreckte Mitteilung entgegennehmen, daß die Maschine nunmehr aufgestellt ist und in einigen Tagen die Dynamo ankommt. Die Wirkungsbilder wurden von der Kommission geprüft, ihre Einrichtung und Führung gutgeheißen und konstatiert, daß auch in den Wintermonaten der Betrieb noch einen kleinen Ueberschuß abgibt.

Das beleidigte Klassenparlament

hat, wie wir unter letzter Nachriden schon mitteilen, gestern auf Antrag des Nationalen Liberalen Schöffer beschlossen, die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung unseres Kollegen Vollenbaur, sowie der beiden verantwortlichen Redakteure unseres Magdeburger und Erfurter Parteiorgans wegen Verleumdung des preussischen Dreiklassenhauses an die Geschäftsordnungs-Kommission zurückzuverweisen. Auf Antrag des Konfessionspartei-Papstentum war dem Antrage in voriger Woche derselbe Weg schon einmal beschritten worden.

Es handelt sich um den Artikel Der Zweck der Wahlvereine in Nr. 145 des Postboten vom Dienstage den 26. Juni 1906. In diesem Artikel wird gegen eine Aenderung der konfessionspolitischen nach dem Willen des preussischen Dreiklassenparlamentes empfahl. Schließlich wurde auf darauf hinzuweisen, daß das Abgeordnetenhaus zwar davon überzeugt sei, daß das Dreiklassen-Parlament eine Ungeheuerheit ist, aber nicht die Kraft findet, eine gerechte Umänderung des Wahlrechts herbeizuführen.

Die Begründung, die der Abg. Schöffer der unterlegenen Gegen-Kandidat unseres Genossen Albrecht im Wahlkreise Naumburg-Weisenleben) gestern im Plenum des Landtages zur Zurück-

verweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission gab, ist eingemessen original. Es führte aus:

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß es durchaus notwendig war, im vorigen Jahre durch Erteilung der Genehmigung zur Strafbverfolgung wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses ein warnendes Beispiel zu geben und die Meinung zu zerstreuen, als ob alle Verleumdungen des Abgeordnetenhauses straflos wären. Die Vernehmlichkeit hat auch schließlich eine Grenze. Nun kommt aber hier in Betracht, daß diese Artikel veröffentlicht worden sind, ehe der damalige Beschluß gefaßt wurde. Wir werden daher wohl zunächst zu prüfen haben, welche Wirkungen unser damaliger Beschluß gehabt hat, und ob wir diese Wirkungen nicht erst abwarten sollen.

Also, man will erst abwarten, ob sich die Seele jetzt erblickt haben. Wenn das der Fall sein sollte, d. h. wenn sie jetzt zu der Ansicht gekommen sein sollten, daß das preussische Dreiklassenhaus das beste Parlament der Welt ist und das Dreiklassen-Parlament das gerechteste aller Wahlsysteme, dann soll ihnen die Gnade des Unterparlamentes wider sein. Der Abg. Schöffer hat im übrigen ganz recht, wenn er meint, daß die Vernehmlichkeit des preussischen Abgeordnetenhauses eine Grenze habe. Das hat dieses schändliche und deutschen Parlamente wiederholt bewiesen. Vielleicht fangen die Herrschaften jetzt endlich einmal an, sich zu schämen.

Der zähe Herr Suchsland.

Zum fünften Male beschäftigte sich das Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsräthlers Dr. Pfeiffermann mit der Verleumdungsbilge des Reichsanwalts Oskar Suchsland (früher Bürgermeister in Rudowenau) gegen unsere Kollegen Thiele. Die Verleumdungen sollen enthalten sein in zwei Postnotizen, die im Postblatt am 22. Juli und 1. August 1905 über Suchslands missglückte Hofvernehmung veröffentlicht wurden. Obwohl Suchsland Mollenbaur beide Nummern verantwortlich geteilt hat und die Verantwortung übernimmt, will Suchsland parat den Kollegen Thiele zum Verfasser hinstellen und hat um das zu ermitteln, voriges Jahr schon unsere Genossen Großneß Mollenbaur als Zeugen laden lassen. Gestern mußten auf Antrag Suchslands erscheinen Mollenbaur, Fröhlich, Dämmig, Gehring und Rodanowsky. Fröhlich ist erst vorigen Herbst in die Redaktion getreten, konnte also nichts auslegen, Rodanowsky war zwar 1905 Mitarbeiter in der Volksblatt-Druckerei, konnte aber natürlich nicht wissen, von wem die Artikel geschrieben waren. Auch die wichtigste Frage, ob Rodanowsky vielleicht aus Gesprächen in der Redaktion etwas erfahren habe, mußte unser Genosse zum größten Leidwesen Suchslands verneinen. Gehring war gleichfalls nicht in der Lage, irgend welche Aufschlüsse zu geben. Als er sagte, selbst ein Redakteur könne nicht immer noch längerer Zeit anfragen, ob er ein Manuskript geschrieben habe, erregte die Vernehmlichkeit das öffentliche Aufsehen. Mollenbaur konnte nur wieder bejahen, daß er sich nach so langer Zeit nicht erinnern könne, ob das Manuskript von außen eingebracht oder in der Redaktion geschrieben sei. Dämmig, der erst am Freitag seine dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt haben wird, wurde vorgeführt und verweigerte die Zeugnishaft, da er als Mitwähler in Betracht komme und da er das Redaktionsgeheimnis nicht verletzen werde. Wegen des letzteren Grundes wurde er in 100 Mark Strafe und in Zwangshaft genommen.

Nächsten Montag findet wieder in dieser Sache Verhandlung statt. Wir werden morgen auf einige der Fragen zurückkommen.

Die Arbeit niedergelegt

haben die bei den Abrückarbeiten, Nikolaitraße 1, beschäftigten Arbeiter. Grund zur Arbeitsverweigerung waren Lohnfristigkeiten, unwürdige Behandlung und fast völlige Ausrüstung der notwendigen Vorkehrungsarbeiten, welche zum Schutze der dort Arbeitenden getroffen werden müßten. Es ist dort dem Jurist zu bedanken, daß nicht schon Arbeiter und Passanten schwer verletzt worden, eventuell sogar ihr Leben eingebüßt haben. Die Polizei sollte auf die dortigen Zustände im Interesse des Publikums ein wachsameres Auge haben.

Zu der Ausbesserung im Tapezierergewerbe.

Ein treuer Bundesgenosse des Unternehmertums bei dem Grützentampfe der Polizeier ist die halbesche Polizei. Kriminalbeamte und Uniformierte halten treu Wacht vor den Werkstätten der Schuherbinder und sorgen für Ordnung, indem sie jeden Passanten, in dem sie einen Streifen sehen, unverzüglich fixieren. Streifenfresser ist zwar ein gesetzlich erlaubtes gewerkschaftliches Kampfmittel, aber wenn die Arbeiter es anwenden wollen, bekommen sie die Polizei auf den Hals.

Die Arbeitswähler der Firma Volla d. h. hielten im Interesse ihres Arbeitgebers am Sonntag die äußere Feilhaltung, indem sie im Hause Blumenstraße 8 eine Wohnung einrichteten. Die Polizei wurde davon benachrichtigt, erklärte sich aber im Gegenwärtigen zu den Maßnahmen der Flugblattverleiher zum roten Sonntag als machtlos. Was sagt die oberste Behörde der Polizei dazu? Begehrnd was die Art und Weise, wie die Herren Arbeitswähler das Haus verließen. Um den von den Ausbesserern aufgestellten Posten nicht in die Hände zu laufen, gingen sie wie Pfeifferer über Mauern, um in Nachbargrundstücke zu gelangen. So trug die ganze Sache ist, so hat das Gebahren der Arbeitswähler Steindorf und Böding doch auch etwas humoristisches an sich.

Die Kontroll-Veranlassungen.

Eine Erweiterung des militärischen Kontrollwesens für die Landbevölkerung plant, wie der National-Zeitung geschrieben wird, die Militär-Verwaltung. Bekanntlich muß jeder Mann des Verlaufsstandes, solange er der Reserve angehört, alljährlich zweimal, in der Landwehr 1. Aufgebots einmal zur Kontroll-Veranlassung erscheinen. Diese Veranlassungen sollen der Militär-Verwaltung dazu dienen, die Listen der Bezirkskommandos auf ihre Genauigkeit zu prüfen. Die Kontrollpläne, an denen die Kontroll-Veranlassungen stattfinden, sollen im allgemeinen so gelegt werden, daß kein Mann für fünf und höchstens für zwei Stunden zum Dienst kommen hat. Nachher muß auf fünf- und höchstens auf fünf Stunden, auf die Kontroll-Veranlassung, aber nur eine Stunde, zu gehen dem Manne sechs Arbeitsstunden verloren, zu denen noch Zeit für Umkleiden und Erholungszeit zu rechnen ist. Der städtische Arbeiter verläßt auf 1 1/2 bis 2 Stunden sein

Arbeitsstätte, während der ständige Arbeiter einen halben Tag und darüber an Arbeitszeit verliert. Die Militär-Verwaltung ist deshalb gewillt, die Höchstentlohnungen für Hin- und Rückmarsch auf 15 Kilometer herabzusetzen, wodurch der Verlust an Arbeitszeit für die am entferntesten Wohnenden um 1/2 bis 2 Stunden verringert würde. — Das wäre auch eine Reform, die nicht gehauen und nicht gestrichelt ist. Der Kontrollrat ist auch bei dieser Forderung verlorren. Die Militär-Verwaltung könnte auf diese Art der Kontrolle ganz verzichten; sie ist unendlich und paßt in unsere Zeit nicht mehr hinein. Vorläufig aber wird an die Abschaffung dieses veralteten Verfahrens wohl kaum zu denken sein, nicht doch damit die Gelegenheiten für patriotische Ansprachen weg. Und die sind für die Meisten und Landbesitzer so notwendig, wie der Paradebrill für die aktiven Soldaten.

Die Allmacht der Polizei.

Der § 2 des Gesetzes über die Aufnahme neu anzusetzender Verurteilungen vom 31. Dezember 1842 gesteht der Bundespolizeibehörde, wenn sie es nötig findet, entlassene Sträflinge von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszuschießen. Es heißt dann weiter: „Sogar ist die Bundespolizeibehörde jedoch nur in Ansehung solcher Orte zur Verfügung befugt, welche zu Justizhaus oder wegen eines Verordnungs- oder Fiktions als ein solches für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgend einer andern Strafe verurteilt worden oder in einer Korrektionsanstalt eingesperrt gewesen ist.“ Auf Grund dieser Bestimmung wies der Berliner Polizeipräsident den Arbeiter K., der am 2. September als neu angehend gemeldet worden war, am 15. Oktober nach einigen Erhebungen aus Berlin und Umgebung aus. K. ist nur einmal bestraft, allerdings mit acht Monaten Gefängnis wegen Körperverletzung. Er hatte im Streit, in der Erregung, einen Kollegen mit einem Instrument verletzt.

Nach vorübergehender Beschwerde beim Oberpräsidenten fragte er beim preussischen Oberverwaltungsgericht. Der Vorgesetzte des Angeklagten wies darauf hin, daß der Mann doch in seiner Weise gemeingefährlich sei. Nur einmal im Akt habe er sich hinsetzen lassen. Das könne ihn doch unmöglich auf die Dauer seines Lebens zu einer für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Person machen. Unmittelbar nach der Entlassung aus der Strafhaft habe er sich wieder einer durchaus arbeitsfähigen Lebensweise befleißigt. Obgleich durch vier Arbeitszeugnisse bezeugt wurde, daß der Ausgewiesene ein solider und ordentlicher Mensch sei, wies das Oberverwaltungsgericht die Klage ab und führte aus: Das Gericht dürfe nicht die Notwendigkeit oder Angemessenheit der Ausweisung nachprüfen, sondern nur ihre Rechtmäßigkeit. Das Gesetz aber habe der Polizeipräsident nicht verlegt, insbesondere habe er nicht willkürlich gehandelt.

Obgleich dieser und vieler gleichartiger Entscheidungen, sowie der bei bedingender Rechtskraft nicht es nur die eine Forderung: Was ist mit dem ganzen Gesetze, das längst veraltet ist! Alle ministeriellen Verfügungen und Anweisungen an die nachgeordneten Behörden müssen über kurz oder lang, falls sie überhaupt vorübergehend nützlich gewesen sind, zu dem Schicksal eines zurückgeführten, der bei jetzt die Ausweisungspraxis befehligt und schon zu jowohl Unheil führt.

* Die Delegierten der Bauarbeiterversammlungen werden erwidert zu der am Mittwoch stattfindenden Sitzung recht zahlreich zu erscheinen.

Was dem Bureau des Stadt-Theaters. Am Mittwoch geht die Schauspieler-Gesellschaft in Szene, der Grund deshalb das größte Interesse entgegengebracht wird, weil ihr Verfasser der geniale maltesische Dichter Osfor Wilde ist, dessen Salome in der Vertonung durch Richard Strauß zur Zeit in der ganzen Welt Aufsehen macht. Donnerstag gastiert Walter Coomer aus Leipzig als Poljan in Wagner's Valüre. Freitag: Die lustigen Weiber.

Wanderlust. Die Umtriebe 6. In dieser Woche unternehmen wir eine Wanderschaft auf der Donau von Passau bis Wien. Ein Besuch dieser hochinteressanten Serie ist sehr zu empfehlen. Nächste Woche die Schweiz und der Genfer-See.

Schmalhals Walhalltheater. Heute (Dienstag) und bekannten Samstagsabend findet das Schmalhals-Walhalltheater den 27. Februar, 11 1/2 Uhr abends (nach der Vorstellung) beginnenden internationalen Cabaret-Abend sowie auf die am Mittwoch (nachmittags) stattfindende Familienvorstellung lebender Photographien ist gleichfalls nochmals hingewiesen.

Amundorf, 26. Februar. Arbeiterzirkel. Am Montag, kurz vor der Mittagspause, geriet in der Radewitz'schen Fabrik der Arbeiterzirkel in einen Streit, der sich in die Puffer zweier Eisenbahnen. Sein Zustand ist bedenklich. Das Geschehen der betreffenden Fabrik brachte den Verunglückten gleich nach dem Geschehen in ihre Wohnung.

Tölan, 26. Februar. In der Diebstahlsaffäre des Zimmermeisters Henne gegen den Genossen Schlote hat der Staatsanwalt unsere Vertretungen jetzt mitteilt, daß er das Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit als ein Verbrechen der öffentlichen Sicherheit betrachtet. Die öffentliche Sicherheit ist durch die Schandtat des Genossen Schlote keineswegs verletzt worden ist. Natürlich nimmt die Klage unserer Genossen gegen Herrn Henne und die Setzungen, welche die unrichtige und beleidigende Nachricht verbreitet, ihren Fortgang. Der Rechtsanwalt Dr. Dittenberger hat die Rechtsvertretung unserer Genossen übernommen.

Seeben, 25. Februar. (E. B.) Gelegenheitlich des Arbeitervereinsball'es am 22. April kam es hier zu einer heiligen Solarete, die gegen den vom Hallischen Schiffergericht gegen drei junge Leute wegen Körperverletzung noch ein Nachspiel hatte. Ein Herr hatte eine Dame einen Stuhl weggenommen, worüber der Geliebte des Fräuleins in große Aufregung geriet. Es kam zu einem Handgemenge, dann zu einer Schlägerei, bei der auch ein Stuhl und ein Weiser eine Rolle spielten. Der Herr schickte den Fräulein in die Wohnung der Bekleideten. Der Richter, einen Stuhl in den Hut. Der herbeigelaufene Nachzügler, der mit auf der Anklagebank lag, gißt kraft seines Amtes mit. Er wurde von der Anklage der Körperverletzung aber freigesprochen, da er in seiner Eigenschaft als Beamter eingeschritten war. In der Beweisaufnahme handelten sich die Aussagen einiger Jungen direkt gegenüber. Ein Zeuge machte die charakteristische Aussage, ein anderer erhielt seine Karte und ging dann wieder ab. Ein anderer Junge, der nicht ganz nüchtern zu sein schien, wollte aber nicht glauben, daß er einen über den Durt getrunken habe. Es wurde ihm bedeutet, daß er die Wahrheit sagen müsse, es aber nicht auf seinen Eid zu nehmen brauche, ob er tatsächlich ganz nüchtern sei. Gegen zwei Leute (Leutnants der Büchsenmänner einer Waser-Liga) wurde ein Verdict sprach über auch die beiden Angeklagten trat, da die Sache nicht genügend aufgeklärt ist.

Aus den Nachbarvereinen.

Zeitz, 25. Februar. (E. B.) Zur Lohnbewegung der Schuhmacher. In der am 24. Februar stattgefundenen Versammlung der Schuhmachervereinigung von Zeitz fand in gemeinsamer Abstimmung folgender Beschluß einstimmig statt: Die Schuhmachergesellen von Zeitz sind mit den von der Innung vorgelegten Tarif nicht zufrieden und haben den von dem Ge-

selben-Ausschuss ausgearbeiteten Tarif einstimmig angenommen. Sie wünschen, daß der Tarif von der Innung ebenfalls so angenommen wird. Weiterhin ersuchen die Gesellen die Innungsmeister, am 27. Februar, abends 8 Uhr, bei Hellfrisch, Schuhmacher-Herberge, zu erscheinen, um in die Verhandlung mit den Gesellen einzutreten. Sollte das nicht der Fall sein und sollten die Meister sich ablehnen verhalten, so treten sämtliche Gesellen am 2. März da in die Kündigung ein, wo der Meister nicht schriftlich den Tarif anerkennet.

Zeitz, 25. Februar. (E. B.) Versammlung der Gendarmen-Näherinnen. Am Freitag abend fand in Rämpfers Restaurant eine Versammlung der Gendarmen- und Wägen-Näherinnen statt. In dem Anwesenheit von Herrn Dr. Dittenberger, der als Sekretärin Frau Grünberg aus Nürnberg erschienen, die in eingehender Weise die Lage der Arbeiterinnen obiger Brande schäuferte und zum Beitritt in den Verband der Schneider und Schneiderinnen aufforderte. Nach längerer Diskussion, an der sich mehrere Genossen und die Referentin beteiligten, trat in 13 Jahren dem Verbände bei. Hoffentlich schließen sich noch mehr Näherinnen an, denn nur dadurch kann ihre schlechte Lage aufgehoben werden.

Zeitz, 25. Februar. (E. B.) Liberaler Wahlverein? Am 9. März soll in der Reichshalle ein liberaler Wahlverein für Zeitz und Umgebung gegründet werden, nachdem in einer Vorbereitungsversammlung dazu bereits erledigt ist. Uns kommt die Firma etwas kurios vor. Ein liberaler Verein? Der Wahlverein ist nicht nur ein Wahlverein, sondern er wird wohl konterpartiatrenemittlich werden, denn liberal. Man sollte doch den Ding gleich den richtigen Namen geben.

Zeitz, 21. Februar. Schöffengerichtsbekanntmachung. Der Vademecor Schöner war wegen Verletzung des Kinderbeschützgesetzes angeklagt. Derselbe hatte entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, ein jugendliches Mädchen mit Verbohrungen beauftragt. Er wurde mit 20 Mark Geldstrafe bestraft. Er meinte: Meine Herren, bestrafen Sie doch, was wir Vademecor für Schaden von dem Kommu haben wie die mit ihren Kindern arbeiten. Er wollte also dem Gericht unternommen, aus Mitleid auf die Konkurrenz des Kommuvereins, den Vademecor eine Entschuldigung zu geben. Auf die Andeutung, daß der Kommuverein nicht mit Kindern arbeiten darf, antwortete er: Ich weiß nicht, was ich sagen soll, ob das der Fall ist. Darüber mag die Zeitung des Vereins sich äußern. Aber noch etwas Grütziges ging aus der Verhandlung hervor. Wie der Vorsitzende andeutete, liegen gegen eine ganze Reihe Vademecor Anzeigen vor. Mögen die Herren also recht unternommen auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam gemacht werden, wenn sie von selbst davon nicht nachdenken.

Im zweiten Falle verließ eine große angelegte Haupt- und Staatsakt an mich nach Wunsch bereit, die der Arbeiterbewegung genüßig zwischen die Beine werfen möchte. Angeklagt war der Korbmacher Senn wegen vorläufiger förderlicher Mißhandlung. In Anbetracht der bisherigen Korbmacherebene trat der bedauerliche Fall ein, daß ein Teil der Richter Korbmacher ist und nicht mit ihnen logisch ist. Klare. Die Anklage nimmt nun an, daß die Mißhandlung aus Anlaß dieser Tatsache geschah. Senn soll am 17. Januar den Korbmacher Grinnwald in der Nähe des Bahnhofs ins Gesicht geschlagen haben. Grinnwald lag heute unter Eid aus, daß Senn es ganz bestimmt gemeint sei. Er kenne ihn genau, da er jahrelang mit Senn zusammen gearbeitet habe. Durch Zeugen wurde er bestätigt, daß Senn am die Zeit an nicht am Saum gewesen ist, sondern sich in Begleitung eines andern an einem andern Orte aufgehalten hat. Dann hat auch Grinnwald zu noch zwei Zeugen geäußert, er wisse nicht über ihn geschlagen hätte. Auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, erwiderte er, daß er dieses nur gesagt habe, weil diese beiden im Verband wären und er mit ihnen nichts zu tun haben wollte. Er hielt dabei die Senn genau, wie er sich an dem Saum befand, er geht. Von Unmissant wird noch der Versuch gemacht, den Zeugen stücker, mit welchem Senn zusammengekommen ist, in die Enge zu treiben, dahingehend: Wie er behauptet, daß es gerade der 17. Januar gewesen sei. Klücker erwiderte klar und bestimmt, er könne sich hier gar nicht im Datum irren, der andere Tag sei Freitag gewesen, und der erst ist nur Freitag. Es mußte also an nicht am Saum gewesen sein, sondern er bestimmte behaupten, daß er am Donnerstag, den 17. Januar, mit Senn zusammengekommen sei, zu einer Zeit, während welcher Grinnwald geschlagen sei. Der Anmissant will trotzdem Senn bestrafen lassen. Er beantragt 60 Mark oder 20 Tage Haft.

Herr Rechtsanwalt Dr. Dittenberger, welcher Senn zur Seite stand, macht auf die bestimmte Aussage des Zeugen Klücker aufmerksam. Klücker behauptet, er könne den Täter nicht, weil er mit Verbänden nichts zu tun haben wolle. Sie unerschöpflich. Diese Zeugen hätten mit der Korbmacherebene nichts zu tun. Auch hätten sie sich teilsnahmbolb seiner angenommen. Zudem sei es stimmig, wenn ein solches Verhalten gemeint. Die nächste Anklage ist auch ein solches, was einseitig gemeint, daß letzterer sich in der Person trit. Er beantragt Freisprechung eventuell Lobung eines weiteren Zeugen, welcher betonen könne daß Senn zu der Zeit in Begleitung sich nicht am Saum gewesen sein kann. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach Senn frei. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Weichenfels, 25. Februar. (E. B.) Die öffentliche Versammlung am Mittwoch abend findet um 8 Uhr in der Stadt Raumburg statt. Genosse Dreßler-Halle wird referieren. Da außerdem noch eine wichtige Angelegenheit zu erörtern ist, so ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Untergrün, 24. Febr. (E. B.) Wird der Rote gewählt, dann adern wir nicht! Durch diese furchtbare Drohung der Bauern haben sich die hiesigen Arbeiter ganz gemalt ins Vordorn jagen lassen. Nicht die Reichstagswahl sondern die Gemeinderatswahl kam hier in Frage. Es wurden für den Abgeordneten Dr. Dittenberger 23, für den Genossen Altenburg 6 Stimmen abgegeben. Eine Anzahl Wähler hatte sich wirklich durch die Drohung der Bauern und andere Geächteten einschüchtern lassen. Selbst ein Arbeitervertreter machte gegen unsere Genossen Stimmung, indem er meinte: „Am der (Altenburg) gewählt würde, gibt's mehr Steuern.“ Nun, die Gemeinderatsmitglieder haben jetzt schon Steuern genug zu zahlen. Aber auch diese lächerliche Behauptung des Arbeitervertreter hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Der Geaner wurde gewählt. Es wird sich ja nun zeigen, ob es weniger Steuern gibt, wenn ein Geaner gewählt ist. Das wird nach den bisherigen Erfahrungen nicht der Fall sein die Arbeiter werden merken, daß es für sie schädlich ist, wenn sie nicht zur Abstimmung gehen. Denk an diese Wahl, ihr Arbeiter, wenn ihr wieder über zu hohe Steuern kommt!

Weichenfels, 25. Februar. (E. B.) Vom Genuß der Leutnants wurden die Unmissant'sche-Direktor Herrmann, welcher der Reichstagswahl ebenfalls für den bürgerlichen Block agitierte, wurde am Sonntag auf dem Genuß des Nordostbühnen-Turnplatzes von einem Giebeldienstler Turner heftig angegriffen. Der alte Kämpfe bekam bittere Willen zu schütten. Aber sie wurden ihm überdrüssig. Der Giebeldienstler bekam für seine Dreistigkeit einen Verurteilung. Dem alten Gendarmen wurde ein Verurteilung, man hat die Reichstagswahl für die nationale Ehre durch Erben von den Wägen die Anerkennung aus. Ingleich demonstrierte

man damit gegen den Giebeldienstler, der seiner Entrüstung durch die Worte: „Ihr seid Feiglinge!“ Ausdruck gab. Den Arbeitern sollten doch gerade jetzt die Augen aufgehen. Warum lassen sie sich von Leuten leiten, die sich bei der Wahl machen, wie die Giebeldienstler, die den unangesehenen Pöbel Bethmann'scher Flugblätter an seinen Abänder zurückgeben liegen. Mögen sie aber noch einen Schritt weiter gehen und sich dem Arbeiter-Turnerbunde anschließen. In der besthellen Turnerschaft haben Arbeiter nichts zu sagen, sie werden dort ja nur geblüht.

Zeitz, 25. Februar. (E. B.) Der Reiter Angewandter einen Bericht über die hier stattgefundenen Verammlung des Reichsligen-Verbandes. Der Berichterstatter zeigt darin, daß er selbst bereits ein sehr gelehriger Schüler dieses Verbandes ist, denn er stellt die Wahrheit auf den Kopf, wenn er schreibt, daß der Sekretär Wertens die Schale vom Kern gelöst und damit gezeigt habe, daß die Sozialdemokratie die beste Seite in diese Partei sei. Auch das ist ein solches Angebot, das die annehmenden Genossen die ausgezeichneten Darstellungen nicht widerlegt hätten. Hat man denn untern Genossen überhaupt Diskussionsfähigkeit? Es wird also absichtlich entzweit, nur damit die Partei nicht zerfallen wird. Wenn die Geaner so arbeiten, dann muß doch immer denen, die nicht gleichgültig alles in die Karten spielen, im Endel ob solcher Sammelkommen. Freilich, die Bürgerchaft ist zu noch Nachdenken ja unheimlich nicht mehr fähig.

Stredam, 25. Februar. (E. B.) Die Geaner auf der Suche nach Mitglieder für den Reiterverband. Die Geaner gehen jetzt in die Lokale, in denen Arbeiter beschreiben und suchen auf mitzubekommen. Mitglieder für den Reiterverband zu bekommen. Der am Sonntag abend gegen 8 Uhr im Bäckerei Lokal vom Arbeiter zum Beitritt aufgerufen. Hoffentlich sind die Arbeiter auf dem Posten und gehen nicht in Vereine, die nur den Schaden der Arbeiter erreichen wollen. Wenn die Geaner hoffen, daß ihre Stellung eine bessere wird, wenn sie solchen Verleumdungen beitreten, ist das ihre Sache. Arbeiter haben Befehl zu tun, als solchen Geaner.

Schnefeld, 25. Febr. (E. B.) Ein neuer Sozialist. In der Gemeinde von Schnefeld ist ein Sozialist der Reichsligenverbandes gegründet worden. Professor Schlie-Raumberg hat dabei das Referat gehalten. Er hat nach den Reimungsberichten die „Verfehrungen der Sozialdemokratie“ hargelegt und dadurch, 80 Herren aus Osterfeld und Umgebung veranlaßt, sich gleich dem Verein anzuschließen. Die Harlegung wird dem Herrn Professor leicht gefallen sein. Er erzählt, daß er nicht weiß, daß die Herren und besämen, nehmen wir ihnen nicht über, aber das sollte man verlangen können, daß sie aus wahrheitsgemäß über die Verfehrungen unserer Partei vortragen. Dazu sind die Leute aber nicht imstande, denn sie haben ja alle keinen klaren Schimmer von dem, was wir wollen. Die hiesigen Reichsligen-Reichsligenverbandes sind nicht als Verfehrungen der Sozialdemokratie vor. Und das geschieht alles mit im Namen der Religion, die die Leute haben wollen. Na, uns kann's recht sein.

Ermsdorf, 6. Reuben, 25. Februar. (E. B.) Sozialdemokratischer Verein. Am 3. März, nachmittags, findet in der Waage eine Versammlung statt. Nach dem Referat sind Vereinsangelegenheiten zu regeln. Es soll sein Mitglieder fehlen.

Radberg, 25. Februar. (E. B.) Aktion Arbeiter! In der Gemeinde Radberg ist ein Arbeiter-Gesangsverein, der dem Arbeiter-Gesangsverein angehört und dessen Mitglieder meistens politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, in einem Lokal, das der Arbeiter nicht zur Verfügung steht, ein Vergnügen abhalten. Man sollte solche Dinge nicht für möglich halten. Da fällt uns der Kampf um die Lokale leicht schwer, wenn die eigenen Genossen nicht so handeln, wie es sich zeigt. Dementsprechend sollten sich die Mitglieder noch befassen und betreiben das Vergnügen ab.

Direnberg, 25. Febr. (E. B.) Ueber den Terrorismus der Sozialdemokratie und der Arbeiter überhaupt wird jetzt in den bürgerlichen Zeitungen viel geschrieben. Heute wollen wir einmal einen Fall von Terrorismus beleuchten, wie er von anderer Seite gelehrt wird. Am Tage vor der Hauptwahl hat der Direktor der hiesigen Saline, Herr Engelke, eine Antrage an sämtliche Arbeiter und Beamten, in welcher er u. a. jagte, daß ein Sozialdemokrat kein Recht habe, auf einem sonstigen Werke zu arbeiten, und er jedem, von dem er erfuhr, daß er Sozialdemokrat sei, unverzüglich aus der Arbeit bringen würde! Um nun zu erfahren, wie sozialdemokratisch wählte, hätte der genannte Herr auch ein sonderbares Mittel zur Hand. Er bestimmte eine gewisse Zeit, in welcher jeder Arbeiter, der sich nicht abmelden wollte, den die Zeit nicht einbehielt, ist seiner Meinung nach ein Sozialdemokrat. Mit dem würde unmaßstäblich verfahren werden, auch wenn derselbe 40 und mehr Jahre auf der Saline arbeite. Damit Herr Engelke eine Kontrolle darüber ausüben konnte, schickte er in jedes Wahllokal einen Beamten. Dieser Beamte nahm sich wieder einen in dem betreffenden Orte wohnenden Salinenarbeiter mit, welcher jeden einzelnen Arbeiter kannte und dessen Arbeitsbuch er einsehen konnte. Dabei nun einer erwähnt, daß der Beamte einen Beamten in die mitgeführte Liste. Die Zeit, welche der Herr Vergrat bestimmt hatte, war von 10-11 Uhr. Nun war ein Arbeiter, in Forbik wohnhaft, der nachmittags hatte und abends 6 Uhr wieder an seine Arbeit mußte, trotz wiederholter Aufforderung seitens des betr. Beamten nicht zu der bestimmten Zeit wählten gegangen, weil es keine Schlafzeit sei und er nach dieser Zeit noch Gelegenheit genug habe, zu wählen. In anderen Worten wurde er am 20. März nicht erwischt, er schon über 20 Jahre auf der Saline arbeitete, gefundlich! Was wir das hören, werden wir ja sehr überzeugt, daß diese Manipulation nur ein Einbruch war, um zur Stichwahl noch mehr wilde Schafe zu haben, denn die Kontrolle wurde nur zur Hauptwahl nur auch am Stichwahltag zu verzeichnen. Es ist auch eingestanden, daß die Kündigung wieder zurückgegeben wurde und der betreffende Arbeiter recht nach wie vor seiner allgemeinen Beschäftigung nach. Auf welcher Seite ist denn da der Terrorismus? Auch bei uns ist, trotz der so viel besprochenen Riederlage der Sozialdemokratie, ein Anwachsen des Sozialdem. Vereins, sowie der Abnommen des Volksblattes zu verzeichnen. Um früher Volksblatt noch mehr einzuführen und die andern Wurf- und Kleblösungen aus den Arbeitern abzunehmen zu entfernen, werden wir zu bestehen, die amtlichen Stammbücher der Arbeiter, die die Abgenossen angehen, regelmäßig im Volksblatt zu veröffentlichen.

Wendhausen, 25. Februar. (E. B.) Gefundene Wahl-Inverts. Bei der Reichstagswahl muß man hier wohl eine große Anzahl der antiken Wahl-Lubers zu viel gehabt haben, denn unbewacht lagen sie in dem Restaurant, in dem sich das Wahllokal befand. Kein Verteiler, kein Wahlhefter konnte sehen, wie viel Wähler sich ein Wähler nahm. Jede Karte wurde dort verbleibt. Nicht weniger als neun Stühle befinden sich in unseren Händen und wer Lust hatte, konnte sich auch noch fünfzig mitnehmen. Es ist wohl sehr fraglich, ob ein derartiges Umherliegen der Wähler sich mit den gesetzlichen Bestimmungen deckt. Die Herren vom Wahlbureau haben wohl sehr wenig Beacht auf die Wähler gegeben. Was möge z. B. geschehen, wenn diese Wähler in unredliche Hände kamen?

Stettin, 25. Februar. (E. B.) Ein fetter Kontur. Dr. Prießler, Dr. Gennick ist in Kontakt geraten. Jetzt soll die Schlußverteilung stattfinden. Zu berücksichtigen sind

an nicht bevorrechtigten Forderungen 810.55 Mk. Verfallbare Wechsel sind in Höhe von — 78.71 Mk. vorhanden. Satz e Weidahl!

Zeitschrift, 25. Febr. (E. B.) Wie man Mans- in der Welt zu behaupten, Ehre und Ansehen in den verschiedensten uralten Dingen zu sein. Man braucht sich nur die verschiedenen Arten der Begebenheiten anzusehen, dann hat man schon den besten Rat. Ganz in der Art dieser Blätter handeln auch einige Beamte. Sie scheinen mitunter den ganzen Verboten auswendig zu lernen, um die recht viele Straftatbestände anzuwenden zu können. Zu den Beamten, die gegen die Arbeiter die gewöhnlichen Schimpfwörter anwenden, gehört auch der Obersteiger F. E. L. z. an Grube Robert, der Hanslender, der die Arbeiter der Grube, aus Anlaß der Abänderung der Kameraden Statuten, eine Stunde früher aufstehen, jagte der Herr Obersteiger: „Deute ich wieder ein Verbrechen, die Verbrechen feiern heute Triumphe. Ihr Sippjagd, verurteilte Bande, ihr seid nicht wert, daß man euch in den Haken spendet!“

Ganz wie der Vergolte, Herr Obersteiger! Bisher glaubte man immer, bei den Beamten sei noch einigemassen Bildung zu finden, aber wir sind nun furiert. Gewöhnlicher kann sich auch nicht der Mensch aussprechen, der stets betrunken im Strafgebäude liegt. Es wird auch behauptet, daß Herr Keller des oberen Wirtens alle bekommt und dann die Namen: Potoforn, Dölle, Wehrndt ruft, ja sogar seinen Mund auf Wehrndt legt, obgleich dieser gar nicht da ist.

Herr Keller weicht nicht ab, sondern mehr um alles andere zu kümmern, als zum Beispiel um den Zustand der Grube! Da wäre einiges Interesse angraben. Wie der Herr, so das Geschick. Dies Sprichwort trifft auch hier zu, wenn man das Verhalten der Unterbeamten betrachtet. Auch diese bedienen sich zum Teil der Ausdrücke des Herrn Obersteigers. So jagte Herr K. e. a. u. zu den Arbeitern: „Nach, daß ihr rauskommt, ihr verfaul mit bloß den ganzen Bau. Laßt euch von Wehrndt verfaulen!“

Die Arbeiter, die einem verstorbenen Kameraden die letzte Ehre erweisen, mit derartigen Worten zu benehmen, das zeigt nicht von Laß, sondern von Rohheit. Die Beamten der Grube Robert hätten doch eigentlich alle Ursache, die Arbeiter menschlich und vernünftig zu behandeln.

Es muß den Beamten doch bekannt sein, daß bei der Verstorbenen den Tod benannt Grube gehört hat. Bei 40 Grad Hitze mußten die Arme angestrengt arbeiten. Die Arbeit lag unweit der Wetterstrasse, daher war der Mann neben der Hitze auch der größten Zugluft ausgesetzt. Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß gerade dieses den Tod des Kameraden verursacht hat.

Anlaß dieses einzuholen, ergeben sich die Beamten in den größten Verschämungen ein Benehmen, das sie sich eben denken nicht schämig sind. — Schließlich ist dieser Fall nicht vereinzel, man kann derartige Schimpereien auf Grube Robert jeden Tag hören! Die Beamten haben ihren Vorgesetzten über die Organisation, und versuchen nun, uns dieselbe zu verfeinern. Auch haben die Beamten einen fürchterlichen Mord, daß die Arbeiter ihre Toten jetzt bestatten.

Früher mußten die Hinterbliebenen eines Verstorbenen den Beamten ganz um nichts, wenn sie etwas zu bekommen, und nach Anordnung der Herren Beamten wurde das Begräbnis arrangiert. Jetzt ist das anders. Die Arbeiter brauchen die Beamten nicht mehr, sie haben das ewige Verordnungen satt, sie sind durch die Organisation selbständig geworden und werden an derselben festhalten, trotz aller Schläge der Ober- und Unterbeamten!

Uebrigens findet in den nächsten Tagen eine Verammlung statt, in welcher ein auf Grube Robert erörtert werden sollen. Zu dieser Verammlung sind die sämtlichen Beamten einzuladen, wenn sie den Mut haben können, zu kommen! Kommen sie nicht, nun gut! Gezeichnet werden sie doch als das werden, was sie sind!

Relig., 25. Februar. (E. B.) Abkommen um jeden Preis. Die Deutsche Zeitung, das unparteiische Organ, hat wieder einmal 500 Mk. Versicherungsgeld ausbezahlt. Hocherfreut bringt es diese Beifallnahme an der Spitze der letzten Sonntag's Nummer. Das Blatt sucht bekanntlich seiner Abonnentenverbindlichkeit dadurch ein Ende zu bereiten, daß es seine noch vorhandenen Vorräte mit 500 Mk. veräußert. 9990 Mk. sind nach Mitteilung der D. Z. bisher ausbezahlt. An wieviel Verboten verweigert man auf Versicherungsgeld zu verzichten, wieviel an die Eintreibung gleich ein Abkommen einzuhalten. Ob sich viel Dummie finden werden?

Wolfs, 25. Februar. (E. B.) Die Verfassungskommission für anderen Ort. Bericht aus den Genossen Braunstein, Klaus, D. Wilsch. Weidwender über unpünktliche Zustellung des Blattes c. sind an einen dieser Genossen zu richten.

Wittenberg, 24. Februar. (E. B.) Der E. B. des armen Mannes. Das hiesige Tagblatt brachte unter obigen Titel die Geschichte des angeblichen Selbsterlöses der Genossen Weibel und Singer. Wir sind nun keine in der Lage, ebenfalls die Geschichte eines Selbsterlöses erzählen zu können. Der Sohn eines reichen Mannes und ein Schriftsteller, der Sozialistenfreund, hatte in einer Wirtshaus ein Companyer gelage veranstaltet. Der junge Mann, der als Empfänger bei der Marine dient, hatte aber vergessen, die Rechnung in Höhe von 60 Mk. zu bezahlen. Nun hatte der betretende Vater mit dem Vater des jungen Mannes eine Rechnung zu erledigen und er glaubte, bei dieser Gelegenheit zu seinen Gelde zu kommen. Der Sozialistenfreund aber, der sich nicht ein, den Wert kann nun die 60 Mk. in den Kaufhaus schreiben. Ueber die angeblichen Selbsterlöse unserer Genossen weiß man so schon zu sagen, aber den Satz, der von den jungen Herren Söhnen getrunken wird, will man nicht einmal verzeihen. Das Tagblatt bringt nichts von der Geschichte, warum, sprechen hier die Spähen von den Dächern.

Wittenberg, 25. Februar. (E. B.) Das Defizit in der Kaffe des Fabrikarbeiter-Verbandes. In Nr. 37 des Volksblattes wurde über die Verwaltung des Arbeiters Lehmann berichtet, der die von seinen Kollegen vermittelte Verbindlichkeit bestritten hatte. Es wurde damals gesagt, daß L. nachweislich 60 Mk. gefolgt habe und daß er deshalb neun Monate Gefängnis erhielt. Dazu wird nun von beteiligter Seite mitgeteilt, daß L. vor Gericht gestanden hat, je einmal 25 und 35 Mk. genommen zu haben. Weiteres wollte er nicht genommen haben. Das Gericht hat aber angenommen, daß L. noch mehr gefolgt hat und erkannte demzufolge an neun Monate. Der Richter hat den L. zweimal beim Verstoß von Vertragsmarken überfallen und einmal war L. dabei, die Rückwand der Kasse zu öffnen.

Torgau, 25. Februar. (E. B.) Schworenengericht. Die erste diesjährige Schwurgerichtssperide beginnt am 4. März.

Wittenberg, 25. Februar. (E. B.) Bestätigt und vermindert worden ist der neugewählte Gemeindevorsteher, Herr Schmiedemeister Reinhold Schmidt.

Wittenberg, 25. Februar. (E. B.) Saalkamp. Bis jetzt hat der Saalkampverein zu der Anfrage des Saalkamp-Gemeinschafts-Komitees keine Stellung genommen. Das Ultimatum läuft am 10. März ab.

Wittenberg, 25. Februar. (E. B.) Die hiesigen Grubenverwaltungen scheinen auf die wahrheitsgemäße Schilderung der geschäftlichen Zustände der Werke im Volksblatt großen Wert zu legen. Sobald bei uns eine Notiz über die Gruben enthalten ist, erfolgt in Berliner Tagblatt und in hiesigen Blättern eine lange Auseinandersetzung, die zwar nicht als Entgegnungen,

wohl aber als Entschuldigungen zum Tode der Aktionäre anzusehen sind.

So wird jetzt im B. Z. berichtet, daß die ungünstige Beurteilung des Geschäftsbetriebs durch elementare Ereignisse (dies wird an sich zugestanden) nur das Gesamtgebilde leidet, nicht größer machen würde, da man es im Sommer wieder weit zu machen gäbe. Eine andere Notiz berichtet wieder, daß die Grubenverwaltung bei der von uns geschriebenen Kamperei um Grund und Boden mit einer Senftenberger Gesellschaft Sieger geblieben ist usw. Man sieht, das Volksblatt leidet die Herren Grubenbetreiber sehr genau, Wädigen dies die Arbeiter auch tun.

Sangerhausen, 25. Februar. (E. B.) Eisenbahn-erisiko. Am Sonntag-Morgen geriet der Eisenbahnenverkehr aus Wallhausen unter eine Maschine. Im Krankenhaus mußte der linke Arm amputiert werden. Ebenfalls erlitt der Verunglückte schwere Kopfverwundung.

Stadtverordneten - Sitzung
Montag, den 25. Februar 1907, nachmittags 4 Uhr.
Vorsteher: Stecker.

Eingänge: Von mehreren Dankschreiben sächsischer Beamten und Lehrer wurde Kenntnis genommen. Gleichfalls ist ein Dankschreiben von der langjährigen Grubenverwaltung in K. a. u. e. n. für die getretene Unterstützung im Zusammenhang mit der Kommission über die Einwirkung einer Petition des Verbandes der freien Gartwirte bezüglich der Abänderung der am 1. Februar gültig gewordenen Polizeiverordnung, wonach alle multifunktionellen und gelunglosen Darbietungen nach 11 Uhr beendet sein sollen.

Eröffnung eines sächsischen Schwimmbades. Stadt C. m. e. r. hat das Vorhaben, ein sächsisches Schwimmbad zu errichten. Bis voriges Jahr ist man jedoch nicht zu irgend einem greifbaren Ergebnis gelangt. Nach Amtsantritt des ersten Bürgermeisters Dr. R. i. v. e. ist auf diese Angelegenheit schnell in Fluß gekommen. Die Deputation hat in mehreren Sitzungen die einschlägigen Fragen gründlich geprüft und ist zu einem Beschlusse gelangt, dem der Bauausschuß beigetreten ist. Von dem zur Verfügung stehenden Mitteln ist das für die Ausführung abgesehen worden, weil das dort zu geminnende Wasser erst gereinigt werden müßte, das Grundstück an der Spitze, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Selbstversicherung der sächsischen Gebäude. Ueber die Versicherung der sächsischen Feuerversicherungsobjekte und Einführung der Selbstversicherung referierte namens des Grundbesitzersausschusses Stadt C. m. e. r. i. v. e. Die Stadt zählt jetzt jährlich an vier verschiedenen Stellen einen Wert von 22 Millionen Mark. Für das Stadtheater allein haben wir bereits 120 000 Mark Prämien bezahlt. Seit zehn Jahren sind insgesamt 200 000 Mark an die Versicherungen gezahlt, aber von diesen fast fünfzig Jahren nur 37 000 Mk. für Brandschäden zurückgekehrt worden. Für das Theaterdenkmal müssen jährlich 115 Mark für die Versicherung gegen Explosion gezahlt werden. Die Versicherung der sächsischen Gebäude jedes Jahr 20 000 Mk. in einen Fonds sammeln, so daß wir in fünf Jahren eventuell zur Selbstversicherung übergehen könnten. Der Grundbesitzersausschuß ist aber der Meinung, daß wir nicht erst noch die 90 000 Mk. Prämien in den fünf Jahren einbringen müssen, sondern sofort die Selbstversicherung einführen und zu diesem Zweck neben den 20 000 Mark Ertragsfonds von 400 Mk. Prämien entnehmen, dann haben wir in wenigen Jahren einen Fonds, aus dem wir auch

sehr große Brandschäden an sächsischen Gebäuden decken können. Dem Staat lag es nicht an, seine Verbände zu versichern und dadurch die privaten Versicherungen zu ersetzen. Es sind die Interessen des Grundbesitzersausschusses: Der Grundbesitzersausschuß hat den Wunsch, die Grundbesitzersausschüsse nicht getrennt; empfindet aber den Antrag des Grundbesitzersausschusses, welches die Stadt durch Einführung der Selbstversicherung auf sich nimmt, ist zu groß. Auch neuerdings und große Theater, Kirchen- und Kameradenvereine vorzuziehen. Ich würde trotzdem sofort für Selbstversicherung sein, wenn die Garantie übernehme, daß kein großes Brandunglück vorkommt.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) So groß auch der Segen der Feuerversicherung für Private ist, so hat es eine Gemeinde, deren Etat jährlich über acht Millionen Mark beträgt, nicht nötig, den privaten Versicherungen die hohen Dividenden und Zinsen zu gewähren für die Steuern und Steuern zu bezahlen. Eine Garantie kann nicht gegeben werden, sollte einmal eine große Brandkatastrophe kommen, was bei der heutigen Bauart, dem Verfallzustand unserer sächsischen Gebäude und der Ausbildung des Feuerwesens kaum noch möglich ist, so könnte die zur Deckung erforderliche Summe auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Wir brauchen uns vor der Selbstversicherung nicht zu fürchten. Man hat im Finanzausschuß bis ich mit Befürwortung der Selbstversicherung in der Richtigkeit geblieben. Ich bin für dieselbe.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Wenn wir uns heute für die Selbstversicherung entscheiden, werden schnell andere Großstädte nachzulaufen. Jede empfindet, daß es Zeit ist, sich von den Versicherungen unabhängig zu machen. Ich würde mir uns nicht vor Geschehen (Große Brände) nicht scheitern, als ich schon fast abgeschlossen; bei den vereinzelt stehenden sächsischen Gebäuden er recht. Was Herr R. v. e. ausgesagt hat, war ganz zurecht. Wenn Herr Engelde nur dann zur Selbstversicherung übergehen will, wenn er garantiert bekommt, daß keine große Brandkatastrophe mehr vorkommt, so erwidere ich ihm, daß ich nicht garantieren kann, daß keine große Brandkatastrophe mehr vorkommt, da die Garantie übernehme, wenn er im Laufe der Zeit ungefähr das Geld wieder zurückbekommt, was wir zahlen. Diese Garantie kann weder Herr Engelde noch ein anderer übernehmen. Ebenjensome können wir die Garantie übernehmen, daß kein großes Brandunglück uns mehr betrifft. Wenn wir aber allein in den letzten zehn Jahren 200 000 Mk. Prämien gezahlt, in den letzten fünf Jahren dagegen insgesamt nur 37 000 Mk. zurückbekommen haben, so liegt doch darin die hohe Wahrscheinlichkeit, daß auch in Zukunft diese großen Feuerbrünste mehr ausbrechen werden. Ausgabe des deutschen Städtevereins ist es, einen Verband der deutschen Städte zwecks einer Art gegenseitiger Rückversicherung bei großen Bränden zu bilden. Wägen wir den Antrag, so werden wir nicht nur die Verantwortung für die Schäden übernehmen, sondern auch die Selbstversicherung zu sichern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Stadt C. m. e. r. (E. B.) Der Finanz- und Vermögensausschuß hat große Bedenken über den Verkauf des sächsischen Grundstücks der Wetterstrasse, weil es nicht günstig liegt, das Grundstück an der Wetterstrasse, weil die Grundstücke dort erst für leeren Preis angekauft werden müßten. Andere Grundstücke wurden ausgeschlossen, weil sie zu klein waren oder zu abseits vom Verkehrszentrum lagen. Der langjährige Vorsteher des Bauausschusses schließlich auf das ganz zentral gelegene Grundstück der alten Stadtkaserne zwischen Eintracht- und Schimmelstrasse geeinigt. Es ist etwa 2900 Quadratmeter groß. Dazu soll das benachbarte Wohnhofsgrundstück von 261 Quadratmeter für 55 000 Mk. angekauft werden. Erst forderte 65 000 Mk. Nach einer vorläufigen Skizze soll das Bad enthalten ein Schwimmbecken von 300 Quadratmeter für Männer, eines von 200 Quadratmeter für Frauen, dann Duschbäder, Wannenbäder, Sitzbänke, ein Freiluftbad, die Inpeltenerwohnung nebst allen nötigen Nebenräumen. Das Wohnhofsfläche hat zwar nur einen Wert von etwa 40 000 Mk., aber bei der Höhe des Gesamtprojektes (jetzt 800 000 Mk.) und bei der Zweckmäßigkeit des Zulaufes kann die Vorlage an dem Aufstufung nicht scheitern.

Selbstversicherung der sächsischen Gebäude. Ueber die Versicherung der sächsischen Feuerversicherungsobjekte und Einführung der Selbstversicherung referierte namens des Grundbesitzersausschusses Stadt C. m. e. r. i. v. e. Die Stadt zählt jetzt jährlich an vier verschiedenen Stellen einen Wert von 22 Millionen Mark. Für das Stadtheater allein haben wir bereits 120 000 Mark Prämien bezahlt. Seit zehn Jahren sind insgesamt 200 000 Mark an die Versicherungen gezahlt, aber von diesen fast fünfzig Jahren nur 37 000 Mk. für Brandschäden zurückgekehrt worden. Für das Theaterdenkmal müssen jährlich 115 Mark für die Versicherung gegen Explosion gezahlt werden. Die Versicherung der sächsischen Gebäude jedes Jahr 20 000 Mk. in einen Fonds sammeln, so daß wir in fünf Jahren eventuell zur Selbstversicherung übergehen könnten. Der Grundbesitzersausschuß ist aber der Meinung, daß wir nicht erst noch die 90 000 Mk. Prämien in den fünf Jahren einbringen müssen, sondern sofort die Selbstversicherung einführen und zu diesem Zweck neben den 20 000 Mark Ertragsfonds von 400 Mk. Prämien entnehmen, dann haben wir in wenigen Jahren einen Fonds, aus dem wir auch

Die Ausprägung der Holzarbeiter in Berlin kann jetzt nach reichlich sechsmonatiger Kampfe, als eine verfehlte Spekulation der Schornmacher bezeichnet werden. Am Sonnabend gab es noch 6773 ausgeperrte und streikende Arbeiter, die sich auf 603 Betriebe verteilten. 22 Unternehmer haben die Ausperrung schon zurückgenommen und viele, die Wehrzahl, haben überhaupt nicht ausgeperrt. Am meisten regnet es den Kleinmeistern in die Hufe, die sich durch die Schornmacher hatten ins Schlepptau nehmen lassen und nur vor dem Pflaster stehen sehen. Denn daß es die verhassten Verbände so lange aushalten würden, hat niemand geglaubt. Von einer Zerstörung der Holzarbeiterverbände kann man nicht reden, wohl aber wackelt der Schutz- und Trutzbund der Unternehmer sehr. Die Arbeiter aber sind guten Mutes, sie wissen jetzt, daß sie nicht verlieren werden.

Die Herren-Mathematischer Berlin befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Herren fordern mit Recht eine Lohn-

